

Wir Berlinerinnen

LandesFrauenRat Berlin e.V.



98/September 2007

Inhalt

Thema

Frauen in Europa Seiten 10 bis 14

LFR Aktuell

Diversity-Seminar Seite 4

Veranstaltungshinweise Seite 5

Konferenz der Landesfrauenräte Seite 5

Dokumentation:

Berliner Beiträge zur KLFR Seiten 6 bis 8

Besuch beim SkF Seite 9

Berlin

Erster Krebsatlas Seite 15

Woche des Engagements Seite 15

Verdienstorden und Ehrennadeln Seite 16

GM: Standard in der Verwaltung Seite 17

Louise-Schroeder-Medaille 2008 Seite 18

Frauenpolitik national

Positiver Einfluss Seite 19

Führungskräfte und Vereinbarkeit Seite 19

Unternehmen und Vereinbarkeit Seite 20

Hilfen bei Vernachlässigung Seite 21

Bilanz zum Elterngeld Seite 22

Altersarmut ist weiblich Seite 23

Vereinbarkeit in Europa Seite 24

Verbände auf einen Blick

Stellungnahmen aus Bayern Seite 25

GEDOK: Neue Künstlerinnen Seite 26

BPW-Tagung zur Vereinbarkeit Seite 27

Rubriken

Impressum Seite 2

LFR unterwegs Seite 2

Tipps Seite 18

Neues aus dem UCW Seite 27

Termine Seite 28

Der Printausgabe liegt eine Programmübersicht zum LFR-Seminar im Oktober bei.

Liebe Ladies,

der Sommer verabschiedet sich, die Tage sind schon spürbar kürzer, die Nächte kühler und irgendwie trauert frau nicht genutzten Sommer-/sonnentagen hinterher. Aber so verlockend es zu sein scheint, sich jetzt ein wenig von den sanften Zwischentönen des Indian Summer einlullen zu lassen - gibt es eigentlich kein akzeptables Wort hierfür in der deutschen Sprache außer dem inakzeptablen „Altweibersommer“? -, der LandesFrauenRat startet durch: Wir laden Sie im September zum für unsere Mitgliederverbände und ihre emsig ehrenamtlich wirkenden Frauen wirklich wichtigen Thema Berliner FreiwilligenPass ein, am 12. und 13. Oktober findet unser zweites Seminar mit der Evangelischen Akademie diesmal unter der Überschrift „Wertschöpfung durch Vielfalt: Diversity - Unternehmenskultur der Zukunft“ statt und am 19. November wird die Beauftragte des Berliner Senats für Bürgerschaftliches Engagement, Staatssekretärin Monika Helbig, über ihre Arbeit und insbesondere ihre Veranstaltungsreihe „Bürgerkommune und Zivilgesellschaft“ referieren.

Alles Nähere erfahren Sie, wenn Sie die neue Homepage des LFR unter www.lfr-berlin.de oder www.landesfrauenrat-berlin.de anklicken. Oder lesen Sie die Vorberichte in dieser Ausgabe von „Wir Berlinerinnen“ auf den Seiten 4 und 5. Wichtig ist, dass Sie zu unseren Veranstaltungen kommen und wir neben den themenbezogenen Diskussionen mit Ihnen zum Wohle der Sache der Frauen netzwerken können.

Auf den folgenden Seiten finden Sie zwar etliche aus Frauensicht positive Meldungen, aber es bleibt noch eine Menge zu tun. Eines der letzten Ärgernisse: Der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit mag zwar die Zukunft Berlins im Auge haben. Bei der Besetzung des neuen Berlin Boards sind ihm aber offenkundig mehr Männer als Frauen in den Sinn gekommen, nämlich exakt zehn von insgesamt zwölf Personen. So richtig zukunftsweisend scheint mir das nicht zu sein.

Also, Ladies, bitte lassen Sie nicht nach: Frauenpower ist wichtiger denn je.

Herzliche Grüße

Ihre

Erklärung

Keine LFR-Positionen

Die unter der Überschrift „Gipfelgegnerinnen“ im Rahmen des Themas „G8-Gipfel und die Frauen“ in der Ausgabe 97 vom Juni 2007 von „Wir Berlinerinnen“ veröffentlichten Meinungen geben keine Positionen oder Meinungen des LandesFrauenRates Berlin e.V. wieder. Dabei handelt es sich vielmehr um Zitate aus Beiträgen verschiedener Gipfelkritikerinnen, die öffentlich zugänglichen Internetforen rund um den G8-Gipfel vom 6. bis 8. Juni 2007 in Heiligendamm entnommen sind, insbesondere www.all4all.org. Hierzu gehören die Beiträge „Gruppenbild mit Dame“ von Christa Wichterich, zuerst veröffentlicht im „Inkota-Brief – Zeitschrift zum Nord-Süd-Konflikt und zur konziliaren Bewegung“ und „G8 und die Frauen“ aus der „Solizeitung“.

Impressum

Herausgeber:
LandesFrauenRat Berlin e.V.
Sigmaringer Straße 1
10713 Berlin
Telefon: 030/785 70 10
Fax: 030/86 00 88 40
Email: lfr-berlin@t-online.de
Redaktion: Juliane Freifrau von Friesen (ViSdP), Marlies Brouwers, Sabine Röhrbein

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des LandesFrauenRates wieder. Beiträge oder Auszüge dürfen nur mit ausdrücklicher Genehmigung des LandesFrauenRates Berlin e.V. von Dritten veröffentlicht werden. Davon ausgenommen sind der Deutsche Frauenrat und die Dachverbände der Frauenverbände in den Bundesländern.

Erscheinungsdatum: 14.09.2007

Jubiläum: 25 Jahre VAF

♦ Sind Sie eine aktiv-unabhängige Frau? – Welche Frau würde diese Frage heutzutage nicht bejahen? Aber vor einem Vierteljahrhundert, im Jahre 1982, sah die Welt doch noch etwas anders aus und so beschlossen zwölf Frauen, zumeist aus dem Kreis der IG Bergbau und Energie, die sich aktiv und unabhängig fühlten, den Verein der aktiv-unabhängigen Frauen (VAF) zu gründen. Der VAF hat seinen Sitz in Bonn, aber zur Feier des Jubiläums waren die Jubelfrauen nach Berlin und Potsdam gekommen. Die Temperaturen waren am 15. Juli 2007 zwar tropenverdächtig, das focht aber die VAF-Mitglieder um ihre Präsidentin Mechthild Immenkötter und die frisch im Amt bestätigte Geschäftsführerin Dr. Monika Langkau-Herrmann nicht an. Man brunchte fröhlich über den Dächern von Potsdam, beglück-

wünschte alle, die daran mitgewirkt hatten, zu der gelungenen Festschrift und hatte nach drei anstrengenden Tagen noch Energie für einen Besuch der Potsdamer Sehenswürdigkeiten. Vorher hatten die VAF-Frauen sogar noch frisch und munter den Grußworten gelauscht, die für den LandesFrauenRat Berlin von Juliane von Friesen, für den Deutschen Frauenrat von Christel Riedel und für den Katholischen Deutschen Frauenbund von Hildegard Schweizer entboten wurden. Noch etwas charakterisiert die VAF-Frauen: Sie sind nach eigener Aussage lebensfroh, genussfähig und humorvoll. Ich kann das nur bestätigen.

(JvF)

Sommerempfang des DJB

♦ Was können Blitz und Donner und sintflutartige Regengüsse wetterfesten Juristinnen anhaben? Gar nichts! So hatte der Wettergott am 2. Juli 2007 offenbar ein Einsehen und als die Richterin am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Straßburg, Dr. h.c. Renate Jaeger, mit ihrer Festrede begann, zeigte sich die Sonne über der Dachterrasse des Stilwerks in Berlin-Charlottenburg. Die frühere Richterin am Bundesverfassungsgericht berichtete aus ihrer inzwischen zweijährigen Tätigkeit am EGMR, manchen Verständigungsproblemen der Richterinnen und Richter untereinander, was sie vor allem auf die sehr unterschiedliche juristischen Ausbildungen und Werdegänge zurückführte, und natürlich über sehr spannende Fälle und eine nicht zu bewältigende Klageflut. Die zahlreich erschienenen Gäste und Ehrengäste, die zuvor von der Vorsitzenden des Deutschen Juristinnenbundes (DJB) – Landesverband Berlin, Dr. Jutta Glock,

herzlich willkommen geheißen worden waren, lauschten Renate Jaeger mit steigender Aufmerksamkeit. Unter ihnen in Vertretung der Bundesjustizministerin Brigitte Zypries, ihr Staatssekretär Lutz Diwell, Berlins Justizsenatorin Gisela von der Aue und ihre Vorgängerinnen Karin Schubert und Dr. Lore Maria Peschel-Gutzeit, die Präsidentin des Landesverfassungsgerichts Berlin, Margret Diwell, Ehefrau des Justizstaatssekretärs, und die Präsidentin des Kammergerichts Monika Nöhre sowie weitere Gerichtspräsidentinnen. Der LandesFrauenRat Berlin war durch seine Vorsitzende Juliane von Friesen, die stellvertretende Vorsitzende Marlies Brouwers und die Schatzmeisterin Anneliese Wolf gut vertreten und natürlich auch besonders begrüßt worden. Der Abend war in jeder Hinsicht gelungen und wurde für Gespräche bilateral und multilateral intensiv genutzt – aber erst nach der beeindruckenden Rede von Dr. Renate Jaeger. (JvF)



Gespräch mit Staatsministerin Böhmer

♦ Am 17. Juli 2007 hatte die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Staatsministerin Maria Böhmer, die Vorsitzende des LandesFrauenRat Berlin, Juliane von Friesen, und die Präsidentin des Verbandes deutscher Unternehmerinnen (VdU), Regina Seidel, zu sich ins Bundeskanzleramt eingeladen. Gesprächsthema war insbesondere der immer noch zu geringe Frauenanteil in Gremien, auf deren Besetzung die Bundesregierung Einfluss nehmen kann. Zwar ist nicht mehr jedes zweite Gremium frauenfrei, wie es der erste Bundesgremienbericht 1991 dokumentierte, aber doch noch jedes fünfte. Und dort, wo Frauen in Erscheinung treten, tun sie es häufig als Solitäre.

Juliane von Friesen und Regina Seidel machten deutlich, wie wichtig die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern insbesondere in wichtigen Gremien ist. Sie stellten Maria Böhmer, die zugleich Bundesvorsitzende der Frauenunion der CDU ist, die VdU-Initiative „Unternehmerinnen in die Aufsichtsräte“ vor, für deren Datenbank sie großes Interesse signalisierte. Alle drei Frauen waren

sich einig, dass die personelle Monokultur in der deutschen Wirtschaft, wie sie vor allem in Großunternehmen, aber auch in mittelständischen Unternehmen herrscht, dringend durchbrochen werden muss. Diskutiert wurde in diesem Zusammenhang auch die Charta der Vielfalt und eine mögliche Unterzeichnung durch beide Verbände.

Breiten Raum nahm anschließend in dem insgesamt 90-minütigen Gespräch ein Projekt ein, das Juliane von Friesen angestoßen hat und der VdU unterstützen will: Dabei geht es um Bildungspatenschaften, die Unternehmenssenioren/innen in den letzten beiden Schuljahren bei Hauptschülern/innen übernehmen mit dem Ziel eines möglichst guten Schulabschlusses und dem Erreichen eines Ausbildungsplatzes; Pate oder Patin begleitet das „Patenkind“ anschließend bei Bedarf auch durch die Ausbildung. Auch in diesem Fall wollte Staatsministerin Böhmer das Gespräch an einem nicht allzu fernen Zeitpunkt mit Juliane von Friesen und Regina Seidel fortsetzen.

(JvF)

LFR im Berliner Familienbeirat

♦ Der Berliner Senat hat am 3. Juli 2007 die Neuorganisation der Berliner Beirats für Familienfragen beschlossen. Künftig ist auch der LandesFrauenRat in dem Gremium durch seine Vorsitzende Juliane von Friesen vertreten.

Der Familienbeirat soll laut Bildungssenator Prof. Dr. E. Jürgen Zöllner den Senat beraten und ihm Impulse für familienpolitische Maßnahmen geben, bei Gesetzesvorhaben und Rechtsverordnungen mit Auswirkungen auf die Familie beratende Funktion übernehmen und die Öffentlichkeitsarbeit für Familien in Verbindung mit Institutionen und Verbänden unterstützen sowie eigene Expertisen zu familienpolitischen Themen entwickeln oder im Rahmen seines

Etats in Auftrag geben. Der Familienbeirat stärke damit die Familienpolitik als Querschnittsaufgabe in allen Feldern der Politik, gibt die Satzung Auskunft. Alle drei Jahre soll er einen Bericht über die Lage der Familien in Berlin vorlegen.

Der neue Familienbeirat soll sich im Oktober konstituieren. Seine Mitglieder werden vom für Familienpolitik zuständigen Mitglied des Senats, also von Senator Zöllner, für die Dauer der Legislaturperiode des Abgeordnetenhauses berufen. Außer dem LFR sind darin unter anderem der Landesjugendhilfeausschuss, die Liga der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege, die Kirchen, Gewerkschaften und die AG der Familienverbände vertreten.

Einladung

**LandesFrauenRat Berlin
lädt ein**

① Vorgestellt

**FreiwilligenPass
Berlin**

**mit Hermann
Wabelhorst**

am 17. September 2007

② Projekt

**Bosiljka Schedlich
Süd-Ost-Europa-
Kultur e.V.**

**am 22. Oktober 2007
Veranstaltung mit dem
Staatsbürgerinnenverband**

③ im Gespräch

**Monika Helbig
Beauftragte des Landes
Berlin für
Bürgerschaftliches
Engagement**

am 19. November 2007

**Alle Veranstaltungen um
18 Uhr im UCW-
Konferenzsaal,
Sigmaringer Straße 1,
10713 Berlin (U-Bhf
Blissestraße)**

Einladung

**LandesFrauenRat
Berlin**

**Evangelische
Akademie zu Berlin
laden ein**

**Wertschöpfung
durch Vielfalt:
Diversity –
Unternehmenskultur
der Zukunft**

**am 12. und 13.
Oktober 2007**

**Bildungsstätte
Schwanenwerder
Inselstraße 27-28
Berlin-Nikolassee**

**Gender und
Diversity
Das AGG in der
Praxis
Die Kirchen und
das AGG
Diversity in der
Wirtschaft**

**Tagungsbeitrag
70 E, ermäßigt 60 E mit
Übernachtung
50 E, ermäßigt 40 E ohne
Übernachtung
Getränke 7 Euro**

**Programme beim LFR
unter 030/785 70 10**

Diversity-Seminar auf Schwanenwerder

♦ Ein erfolgreicher Einstieg in die Zusammenarbeit mit der Evangelischen Akademie gelang dem LandesFrauenRat Berlin im vergangenen Jahr mit einer Tagung zum Thema „Frauen in Führungspositionen“ – 2007 knüpft er mit dem Seminar „Wertschöpfung durch Vielfalt: Diversity – Unternehmenskultur der Zukunft“ an die Premiere an. Tagungsort am 12. und 13. Oktober ist erneut die idyllisch am Wannensee gelegene Bildungsstätte der Akademie auf Schwanenwerder.

Vielfalt und AGG

„Angesichts des demografischen Wandels und im Zuge der Globalisierung registrieren wir, dass Wirtschaft und einzelne Unternehmen immer stärker durch Vielfalt geprägt werden. Diese wachsende Vielfalt gilt es zu nutzen für die Unternehmenskulturen und für globale Märkte, die selbst durch eben diese Vielfalt gekennzeichnet sind“, schreiben die LFR-Vorsitzende Juliane von Friesen und der Akademie-Studienleiter Dr. Michael Hartmann in der Einladung zu dem Seminar. Wertschöpfung durch Vielfalt ist längst zur ökonomischen Strategie geworden. „Vielfalt zu managen ist eine Herausforderung auf dem Weg zu neuen, dynamischen Belegschaften in einer offenen und zugleich alternden Gesellschaft. Monokultur war gestern.“ Vor diesem Hintergrund geben Expertinnen und Experten ihre Einschätzungen ab, wie die Kirchen und kirchlichen Organisationen mit Diversity umgehen, welchen Stellenwert Diversity-Management in der Wirtschaft tatsächlich hat und wie das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) in der Praxis nun wirklich funktioniert.

Erster Seminartag

Nach Begrüßung und Einführung am Freitag, dem 12. Oktober, um 14.30 Uhr startet das Programm mit dem Vortrag „Gender versus

Diversity: Albtraum oder Traum-paar?“ von der Politikberaterin und Projektentwicklerin Dr. Claudia Neusüß. Am Nachmittag werden dann die Juristen Juliane von Friesen und Dr. Robert von Steinau-Steinrück die Auswirkungen des AGG in der Praxis beleuchten. Der erste Seminartag klingt nach dem Abendessen mit dem Auftritt der Kabarett-Formation „Berliner TingelTangel“ aus.

Zweiter Seminartag

Einen guten Einstieg in den zweiten Seminartag, Samstag, den 13. Oktober, bietet die Morgenandacht, der sich Vortrag und Diskussion mit der Leiterin der Antidiskriminierungsstelle des Bundes, Dr. Martina Köppen, anschließen. Wenn die Frage gestellt wird „Was unternehmen die Kirchen und ihre Organisationen im Hinblick auf Vielfalt und Gleichbehandlung?“, geben Dr. Christine Bergmann, Bundesministerin a.D., Dr. Kristin Bergmann, die Leiterin des Referats Chancengleichheit der EKD, Mario Junglas, Direktor des Berliner Büros des Deutschen Caritasverbandes, sowie Bettina Locklair vom Katholischen Büro Berlin des Kommissariats der Deutschen Bischöfe Auskunft. Die Moderation übernimmt LFR-Vorstandsfrau Barbara Faccani. Beim abschließenden Panel debattieren Praktiker über Diversity als Thema der Wirtschaft, darunter Dr. Dagmar Beer-Kern, Abteilungsleiterin bei der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung, und der Vizepräsident der Türkisch-Deutschen Industrie- und Handelskammer Nihat Sorgec. Der Kreis schließt sich, wenn Juliane von Friesen und Dr. Michael Hartmann gegen 17 Uhr eine kurze Bilanz ziehen. (sbr)

Programme schickt die LFR-Geschäftsstelle, Telefon: 030/785 70 10, Fax: 030/86 00 88 40, Email: lfr-berlin@t-online.de auf Anfrage zu.



Konferenz der Landesfrauenräte in Aachen

♦ Beim diesjährigen Bundestreffen der Landesfrauenräte vom 7. bis 9. September in Aachen standen die Fachtagung „Gleiche Chancen für Europas Frauen – Berufswahl junger Frauen im europäischen Vergleich“ aus Anlass des Europäischen Jahres der Chancengleichheit (Samstag) sowie der Konferenzteil mit Berichten und Anträgen (Sonntag) auf der Tagesordnung. Zum Auftakt empfing die Bürgermeisterin der Stadt Aachen, Astrid Ströbele, die Teilnehmerinnen im historischen Rathaus (Freitag). Dabei legten die Landesfrauenräte außerdem ihre Berichte für das Jahr 2006 vor.

„Vieles davon haben wir schon gehört“, so die einhellige Meinung der wohl meisten Delegierten nach der Fachtagung zur Berufswahl junger Frauen. Neu für die eine oder andere war dennoch die Erkenntnis, dass die Fragen zu diesem Thema möglicherweise falsch

gestellt sind. Die Berufswahl der Mädchen sei eigentlich nicht falsch, bekannte Prof. Dr. Angela Paul-Kohlhoff (TU Darmstadt). Tatsächlich wählten sie ein sehr viel breiteres Spektrum als junge Männer, die auf die duale Ausbildung fixiert seien. Auch sonst fand die Professorin klare Worte: Solange Männer über einen stets vollen Terminkalender suggerierten, keine Zeit zu haben, und in ihre Lebenserinnerungen schrieben, sie könnten jetzt an ihren Enkeln gut machen, was sie an ihren Kindern verpasst hätten, werde sich wohl nichts ändern. Demgegenüber betonte Petra Pauli, die Vorsitzende der Vereinigten Unternehmerverbände Aachen, Männer müssten ihre Möglichkeiten in punkto Vereinbarkeit deutlich gemacht werden und im übrigen könnten sich weder Männer noch Frauen einen Ausstieg aus dem Beruf wegen der Kinder leisten. Letztlich gehe es darum,

nicht nur in den Betrieben zementierte Wege aufzubrechen, so das bekannte Fazit der abschließenden Podiumsdiskussion bei der Fachtagung am Samstag. Für den gelungenen Ausklang des Tages sorgte abends ein Ausflug ins holländische Maastricht – mit Stadtführung und üppigem Menü.

Bei der eigentlichen Konferenz der Landesfrauenräte (KLFR) wurden die Weichen für eine Vernetzung zur Arbeit in den Rundfunkräten und den Austausch über die Strukturen der Landesfrauenräte gelegt sowie über die Zusammenarbeit mit dem Deutschen Frauenrat berichtet. Beim Tagesordnungspunkt „Anträge“ wurden zwei Vorlagen des LFR Berlin beschlossen, die sich mit der Problematik „Frauen in Aufsichtsräten und Vorständen in deutschen Unternehmen“ beschäftigen.

Die Berliner Beiträge sind auf den Seiten 6 bis 8 dokumentiert.

Nicht nur im Herbst – das Ehrenamt

LFR-Veranstaltungen von September bis November

♦ Der LFR Berlin beschäftigt sich im Herbst schwerpunktartig mit dem Ehrenamt und dem bürgerschaftlichen Engagement. Dazu stellt Hermann Wabelhorst, Mitarbeiter der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, bei der Mitgliederversammlung am Montag, dem 17. September, den Berliner FreiwilligenPass (BFP) vor, zwei Monate später, am 19. November, wird die Beauftragte des Berliner Senats für Bürgerschaftliches Engagement, Staatssekretärin Monika Helbig, über ihre Arbeit und Möglichkeiten der Unterstützung von ehrenamtlich Engagierten referieren.

Der BFP soll zum einen zu einer Kultur der Anerkennung für freiwilliges Engagement beitragen und zum anderen die dabei erworbenen Kompetenzen dokumentieren. Ihn ausstellen können Vereine,

Verbände und andere Organisationen, um zum Beispiel ihre Freiwilligen und ehrenamtlich Tätigen zu ehren. Allerdings müssen diese Vereine zuvor eine Schulung absolvieren. Wie das funktioniert und welche Voraussetzungen dafür nötig sind, ist beim LFR-Plenum im September zu erfahren.

Monika Helbig, seit 2002 Bevollmächtigte beim Bund und Europabeauftragte des Landes Berlin sowie seit März 2007 Beauftragte für das Bürgerschaftliche Engagement, wird unter anderem über ihre Veranstaltungsreihe „Bürgerkommune und Zivilgesellschaft“ im Roten Rathaus informieren. Diese versucht den Beitrag der Zivilgesellschaft zur Bewältigung so drängender Fragen wie der Integration, des demographischen Wandels und der Bildung zu formulieren, benennt Rahmenbedin-

gungen für das bürgerschaftliche Engagement und zeigt Wege auf, wie die Zivilgesellschaft gestärkt werden kann.

Ein ganz praktisches Beispiel dafür ist am 22. Oktober zu erleben, wenn der LFR gemeinsam mit dem Staatsbürgerinnenverband einlädt. Dann stellt Bosiljka Schedlich die Arbeit des Süd-Ost-Europa-Kultur e.V. und die neue Stiftung „Überbrücken“ vor.

Die Auswahl der LFR-Themen im Herbst mag zufällig sein, fällt aber mit der traditionellen Woche des bürgerschaftlichen Engagements 2007 zusammen, die am 14. September in Berlin eröffnet wurde (Bericht auf Seite 15).

Alle Veranstaltung finden um 18 Uhr im Konferenzsaal des UCW statt. Ehrenamt in Berlin im Internet: www.berlin.de/buergeraktiv

Dokumentation

Berliner Beiträge zur Konferenz der Landesfrauenräte

♦ **Bei der Konferenz der Landesfrauenräte (KLFR) wurde eine Übersicht zur Arbeit in den Rundfunkräten und den Strukturen der einzelnen Landesfrauenräte erstellt. Beim Tagesordnungspunkt „Anträge“ hat der LFR Berlin zwei Vorlagen eingebracht, die sich mit der Repräsentanz von Frauen in den Entscheidungsgremien der Wirtschaft beschäftigen. In der Debatte wurden kleinere Änderungen vorgenommen. Im Folgenden ist der Beschluss im Wortlaut dokumentiert.**

Antrag

Frauen in Aufsichtsräte und Vorstände

Die Konferenz der Landesfrauenräte empfiehlt den Landesfrauenräten, sich bei ihren Landesregierungen und Landesparlamenten dafür einzusetzen

1. dass in Gremien, auf deren Besetzung Landesregierung und/oder Landesparlament Einfluss nehmen können, Frauen grundsätzlich mindestens in gleicher Zahl wie Männer vertreten sind.
2. dass Aufsichtsräte von Unternehmen mit Landesbeteiligung bis zum jeweiligen Ende der Legislaturperiode paritätisch mit Frauen und Männern besetzt werden.
3. dass Landesregierung und Landesparlament geeignete Maßnahmen ergreifen, um den Frauenanteil in den Vorständen und auf der Führungsebene von Unternehmen mit Landesbeteiligung zu erhöhen, bis diese paritätisch mit Frauen und Männern besetzt sind.
4. dass die Vergabe öffentlicher Aufträge an die Privatwirtschaft unverzüglich grundsätzlich

an den Nachweis von Frauenförderung gekoppelt wird.

5. dass diese eine entsprechende Bundesratsinitiative einleiten mit dem Ziel, eine gesetzliche Regelung der paritätischen Besetzung der Aufsichtsräte herbeizuführen.

Begründung:

Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen am Erwerbsleben auf allen Ebenen und damit auch in Führungspositionen ist ein entscheidender Baustein für eine nachhaltige Frauenförderung. Allerdings helfen gut gemeinte Ratschläge oder auf Freiwilligkeit beruhende Vereinbarungen zwischen Politik und Wirtschaft nicht weiter. Gesetze mit verbindlichen Vorgaben, vorgeschriebenen Verfahren, Quotenregelungen, Beteiligungsrechten und der Pflicht zur Berichterstattung sind nötig, um Fortschritte bei der Gleichstellung von Frauen in der Wirtschaft zu erreichen. Die Landesregierungen und Landesparlamente sollten hier ihre Einflussmöglichkeiten verstärkt nutzen. Eine Selbstverpflichtung, alle Gremien geschlechterparitätisch zu besetzen, auf die Landesregierung und Landesparlament Einfluss haben, schließt die Entsendung von Vertretern/innen in die Rundfunkräte und ähnliche Institutionen mit ein. Solch eine Selbstverpflichtung ist notwendige Basis für die weitergehenden Schritte und die Glaubwürdigkeit von Forderungen an die Privatwirtschaft.

Beispiel Berlin: Das Land Berlin hat mit seinem modernen Landesgleichstellungsgesetz (LGG) 1990 bundesweit Maßstäbe gesetzt. Das LGG sieht unter anderem die geschlechterparitätische Besetzung

der Aufsichtsräte von Unternehmen mit Landesbeteiligung vor. Die Vergabe öffentlicher Aufträge ist zudem zusätzlich durch die Frauenförderverordnung von 1999 geregelt, um die Privatwirtschaft zu gleichstellungspolitischen Maßnahmen zu bewegen. Doch auch diese vorbildhaften Regelungen, die sonst in Deutschland kaum erreicht sind, harren noch ihrer letztgültigen Verwirklichung in der Praxis. Aus dem jüngsten Beteiligungsbericht des Landes Berlin (Stand 20. Juni 2006) geht hervor, dass von 169 möglichen Aufsichts- oder Verwaltungsräten, die vom Land Berlin entsandt oder auf Vorschlag des Landes Berlin gewählt worden sind, lediglich 39 Frauen sind. Dabei ist in der 2006 zu Ende gegangenen Legislaturperiode der Frauenanteil in diesen Gremien bereits erheblich gesteigert worden. Der Senat strebt nun an, die geschlechterparitätische Besetzung in dieser Legislaturperiode bis 2011 zu erreichen. Das jedoch ist nicht genug, denn die Vorstände der Unternehmen mit Landesbeteiligung sind nach wie vor in Männerhand. Daher will das Abgeordnetenhaus von Berlin, dass die Landesregierung auf die Gleichstellungspraxis von Unternehmen und Gesellschaften privater Rechtsform Einfluss nimmt, und hat im Mai 2007 einen entsprechenden Antrag verabschiedet. Die Praxis zur Verknüpfung der Gleichstellung mit der Vergabe öffentlicher Aufträge hat gezeigt, dass diese Regelung bisher nur insgesamt 15 Prozent aller öffentlichen Ausschreibungen erfasst hat. Das Abgeordnetenhaus will nun, dass der Geltungsbereich dieser Regelung weiter gefasst wird. Im übrigen hat das Abgeord-

netenhaus aber Ende 2006 wieder mit einer Ausnahme ausschließlich Männer in den RBB-Rundfunkrat entsandt.

Einstimmiger Beschluss der KLFR am 9. September 2007.

Antrag

Quotenregelung für Aufsichtsräte

Die Konferenz der Landesfrauenräte in der Bundesrepublik Deutschland fordert den Bundesgesetzgeber dazu auf, unverzüglich die Arbeiten für eine sanktionsfähige Quotenregelung für Aufsichtsräte aufzunehmen, die darauf abzielt, Aufsichtsräte deutscher Unternehmen spätestens in der übernächsten Legislaturperiode zu 50 Prozent mit Frauen zu besetzen.

Begründung:

Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen am Erwerbsleben auf allen Ebenen ist ein entscheidender Baustein für eine nachhaltige Frauenförderung. Doch besonders dort, wo in Unternehmen Entscheidungen mit Breitenwirkung getroffen und hohe Einkommen erzielt werden, sind Frauen kaum zu finden. Die bisherigen Bemühungen der Bundesregierung um eine Erhöhung des Frauenanteils bei den Führungspositionen in der Wirtschaft sind weitgehend ins Leere gelaufen. Selbst der Bericht der Bundesregierung „2. Bilanz Chancengleichheit – Frauen in Führungspositionen“ von 2006 erkennt, dass der Frauenanteil in den Spitzenpositionen der deutschen Großunternehmen mit fünf Prozent seit Jahren nahezu unverändert ist.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) stellte in diesem Frühjahr fest, dass in den Aufsichtsräten der 200 größten Unternehmen (Top 200) in Deutschland Frauen nur

zu 7,8 Prozent vertreten sind. Über die Hälfte von ihnen (57,4 Prozent) wird von Arbeitnehmervertretungen entsandt. Der Anteil der Unternehmen ohne eine Frau im Aufsichtsrat liegt bei über einem Drittel. Bei den Vorstandsposten sind Frauen noch schwächer vertreten: So ist in den 100 größten Unternehmen (Top 100) nur eine Frau im Vorstand. Bei den Top 200 sind es elf, was einem Anteil von gut einem Prozent entspricht. Auch die Aufsichtsräte bei den großen Banken und Sparkassen sowie bei Versicherungsgesellschaften in Deutschland sind nach wie vor männerdominiert, stellte das DIW im Sommer fest – im Bankgewerbe beträgt der Frauenanteil 15 Prozent und bei den Versicherungen 11 Prozent. Dass dennoch in den meisten Aufsichtsräten oder Verwaltungsräten Frauen vertreten sind, geht auch hier überwiegend auf die Entsendung durch Arbeitnehmervertretungen zurück. Die Vorstandssitze der großen Unternehmen des Versicherungs- und Kreditgewerbes sind dagegen wie auch bei den anderen großen Unternehmen fest in Männerhand: Nur 2,5 Prozent dieser Posten werden von Frauen eingenommen. Damit besteht eine eklatante Diskrepanz zum hohen Anteil weiblicher Beschäftigter in der Finanzbranche, der insgesamt bei 54 Prozent liegt. Das DIW bekennt, dass das Ziel der Gleichstellung der Geschlechter in einflussreichen Spitzenpositionen der Unternehmen nach wie vor in weiter Ferne liegt.

Fazit: Werden Aufsichtsratsposten mit Frauen besetzt, geschieht dies häufig vor dem Hintergrund der Minderheitenquote des Betriebsverfassungsgesetzes und der Gleichstellungsverpflichtungen der Gewerkschaften, denn in den wenigsten Fällen entsendet die Unternehmerseite Frauen. Die auf Freiwilligkeit beruhende Vereinbarung der Bundesregierung mit den Spitzenverbänden der Privatwirtschaft zeigt hier keine Wirkung.

Die Erfahrung lehrt uns, dass nur Gesetze mit verbindlichen Vorgaben, vorgeschriebenen Verfahren, Quotenregelungen und Beteiligungsrechten sowie der Pflicht zur Berichterstattung gegenüber dem Deutschen Bundestag Fortschritte bei der Repräsentanz von Frauen in den Entscheidungsgremien der Wirtschaft erreichen.

Das Beispiel Norwegen zeigt, wie ein Staat seinen Verfassungsauftrag zur Gleichstellung von Frauen und Männern auch in der Privatwirtschaft ernst nehmen kann. So muss jede norwegische Aktiengesellschaft seit Anfang 2006 mindestens 40 Prozent Frauen in ihrem Aufsichtsrat nachweisen. Ist dies nicht der Fall, drohen Sanktionen bis hin zum Verlust der Börsennotierung. Das Einhalten der Quote gilt übrigens für beide Geschlechter. Wegen dieser Regelungen steht Norwegen heute mit einem Frauenanteil von knapp einem Drittel in den Entscheidungsgremien der 50 größten börsennotierten Unternehmen europaweit an der Spitze. Über dem Durchschnitt liegen auch die anderen skandinavischen Länder sowie die osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten, Deutschland befindet sich mit 11 Prozent im Mittelfeld. Beim Anteil von Frauen in den breiter definierten Managementpositionen steht Deutschland nach Angaben der Europäischen Kommission mit rund einem Viertel am unteren Ende der Länderrangfolge. Selbst Länder mit relativ geringer Erwerbsbeteiligung der Frauen wie Spanien und Italien weisen hier mit jeweils knapp einem Drittel deutlich höhere Frauenanteile als Deutschland auf.

Insofern trägt eine sanktionsfähige Quotenregelung auch zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft bei, indem die klügsten Köpfe – gleich ob Frau oder Mann – an der Unternehmensspitze zukunftsorientierte Entscheidungen treffen, die unser

weiter auf Seite 8

weiter von Seite 7

Land insgesamt voran bringen. Angesichts der erheblichen gesellschaftlichen und demografischen Veränderungen muss das Potenzial hoch qualifizierter Frauen besser genutzt werden.

Beschluss der KLFR am 9. September 2007 mit 14 Ja- und einer Nein-Stimme.

Bericht**Die Arbeit im RBB-Rundfunkrat**

Der Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB) ist die Landesrundfunkanstalt der Länder Berlin und Brandenburg. Rechtsgrundlage ist der Staatsvertrag vom 25. Juni 2002, Rechtsvorgänger sind der Sender Freies Berlin (SFB) und der Ostdeutsche Rundfunk Brandenburg (ORB).

Der RBB wird von einer weiblichen Doppelspitze geleitet: Von Dagmar Reim als Intendantin, die gerade für eine zweite Amtszeit bestätigt worden ist, und Hannelore Steer als ihrer Stellvertreterin, die zugleich Direktorin der Hörfunksender ist. Der RBB hat über 1.500 festangestellte Beschäftigte und über 40 Prozent Frauen in Führungspositionen.

Wichtigstes Aufsichtsgremium ist der Rundfunkrat. Dieser hat regulär 30 Mitglieder, aktuell allerdings nur 29. Die gesellschaftlich relevanten Gruppen entsenden 23 Mitglieder, darunter eine gemeinsame Frauenvertreterin des LandesFrauenRates Berlin und des Frauenpolitischen Rates Land Brandenburg. Beide Frauendachverbände wechseln sich bei der Benennung alle fünf Jahre ab. Seit 2007 ist die LFR-Vorsitzende Mitglied im Rundfunkrat. Sie ist auch stellvertretende Vorsitzende des Haushaltsausschusses. Aus seiner Mitte benennt der Rundfunkrat Mitglieder für den Programmausschuss sowie den Haushalts- und Finanzausschuss. Die Ausschüsse unterstützen den

Rundfunkrat bei der Vorbereitung seiner Beratungen und Beschlüsse.

Das zweite Kontrollgremium ist der Verwaltungsrat, dem sieben vom Rundfunkrat gewählte Mitglieder und ein Personalratsvertreter angehören. Dank intensiver Vorarbeit im Rundfunkrat ist es gelungen, die bisherige Vertreterin des Frauenpolitischen Rats, Friderike von Borstel, 2007 im Verwaltungsrat zu platzieren – ein wichtiger Erfolg frauenpolitischen Lobbyings.

Bedauerlicherweise ist der Rundfunkrat stark männerdominiert, selbst wenn mit Dr. Ulrike Liedtke eine Frau den Vorsitz führt. Lediglich acht seiner regulär 30 Mitglieder sind weiblich. Es fehlt die angemessene Quotierung in seiner Satzung. Dagegen gilt für den Verwaltungsrat eine weibliche Mindestquote von drei der sieben durch den Rundfunkrat gewählten Mitglieder.

Zufriedenstellend ist weder die fehlende Quotierung im Staatsvertrag und in der Satzung des RBB-Rundfunkrats noch die Entsendungspraxis der gesellschaftlichen Gruppen und vor allem des Berliner Abgeordnetenhauses und des Brandenburger Landtages, die zusammengenommen sieben Mitglieder des Rundfunkrats stellen: Das Berliner Landesparlament hat eine Frau und drei Männer, das Brandenburger drei Männer in den RBB-Rundfunkrat entsandt. Bemühungen des LFR und des Frauenpolitischen Rats zur neuen Konstituierung des Gremiums am Jahresbeginn daran etwas zu ändern, waren nicht von Erfolg gekrönt.

Juliane von Friesen

Beschlüsse der KLFR*Antragsteller Bremen*

- ▲ Kindergeld nicht als Einkommen anrechnen
14 Ja bei einer Nein-Stimme
- ▲ Gleichstellungsgesetz in der Privatwirtschaft
9 Ja, 2 Nein, 2 Enthaltungen
- ▲ Fortbildungsmaßnahmen für Nicht-Leistungs-Empfängerinnen
deutliche Mehrheit
- ▲ Schlankheitswahn in den Medien
deutliche Mehrheit

Antragsteller Hessen

- ▲ Gender Mainstreaming in der High-Tech-Strategie berücksichtigen
einstimmig
- ▲ Für einen geschlechtsspezifischen Warenkorb in der Bundesrepublik Deutschland
einstimmig

Antragsteller Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Brandenburg

- ▲ Für einen gesetzlichen Mindestlohn
12 Ja und 2 Enthaltungen
- ▲ Wirksames und konsequentes Auftreten gegen Ausbreitung des Rechtsextremismus
einstimmig
- ▲ Gesellschaftlich orientierte und geschlechtergerechte Sicherung der Förderung des letzten Drittels von sozialpflegerischen Umschulungen
deutliche Mehrheit

Antragsteller Niedersachsen

- ▲ Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit
einstimmig

Antragsteller Nordrhein-Westfalen

- ▲ Kinderarmut wirksam bekämpfen
14 Ja bei einer Enthaltung
- ▲ Voller Sitz für den Landesfrauenrat im Rundfunkrat und in den Landesmedienanstalten
14 Ja bei einer Enthaltung

Antragsteller Rheinland-Pfalz

- ▲ „Cochemer Modell“ und FGG-Reformgesetz
12 Ja und 3 Enthaltungen

Antragsteller Sachsen-Anhalt

- ▲ Quotierung von Wahllisten
13 Ja bei einer Nein-Stimme



Kritik an Berlin Board

♦ Die LFR-Vorsitzende Juliane von Friesen hat die Zusammensetzung des Berlin Boards kritisiert. In der zwölköpfigen Kommission, die eine neue Markenstrategie für die Hauptstadt entwickeln soll, sind lediglich zwei Frauen – Catherine Mühlemann (Viacom) und Jutta Allmendinger (WZB).

Unter den drei Senatoren, die neben dem Regierenden Bürgermeister ständig mit der Expertenrunde zusammenarbeiten, ist auch Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer. Die Arbeit des Boards soll über das Erfinden einer „Dachmarke“ hinausgehen und eine Vielzahl von Projekten initiieren.

Besuch beim SkF – Agnes Neuhaus Café

♦ Agnes Neuhaus gründete 1899 in Dortmund den „Verein zum Guten Hirten“ zur Fürsorge „für die Verstoßenen des weiblichen Geschlechts“, der dann 1903 – um sich von den gleichnamigen Klöstern abzugrenzen und auch um die Funktion des Vereins zu verdeutlichen – in „Katholischer Fürsorgeverein für Mädchen, Frauen und Kinder“ umbenannt wurde. Gleichzeitig war Agnes Neuhaus Gründungsmitglied des Katholischen Deutschen Frauenbundes in Köln und Mitglied in dessen erstem Vorstand unter Vorsitz von Emilie Hopmann. Ein Grund mehr für den Frauenbund in Berlin – und auch für den Landesfrauenrat, dem der Sozialdienst katholischer Frauen (SkF) angehört – das neu eröffnete Agnes Neuhaus Café im Pankower Ortsteil Niederschönhausen zu besuchen.

In Berlin hatten im Jahr 1901 die Josephschwester mit einer ähnlichen Arbeit wie Agnes Neuhaus begonnen und den „Fürsorgeverein für Frauen, Mädchen und Kinder“ gegründet. Der Schwerpunkt ihrer Arbeit war die Gefangenen-, Gefährdeten- und Prostituiertenfürsorge sowie die Betreuung unehelicher Kinder und ihrer Mütter. 1924 schloss sich der Berliner Verein dem Katholischen Fürsorgeverein der Reichstagsabgeordneten Agnes Neuhaus an, der mittlerweile in ganz Deutschland aktiv war. Während der Nazi- und Kriegszeit arbeitete der Verein im Stillen weiter und konstituierte sich 1949 neu mit regelmäßigen Treffen in West- und Ostberlin. Mit dem Mau-

erbau 1961 wurde der Berliner Verein geteilt – das Mädchenwohnheim St. Marien lag in Moabit, also im Westteil, die Heime St. Michael und Maria Frieden im Ostteil der Stadt, beide aber wurden von Schwestern weitergeführt.

Ab 1968 heißt der Verein bundesweit Sozialdienst katholischer Frauen (SkF) mit Sitz der Zentrale in Dortmund. Nach dem Mauerfall wurde der SkF in Berlin wieder zusammengeführt, die Werkstatt für Menschen mit Behinderung in Pankow wurde ausgebaut.

Heute arbeiten über 150 Hauptamtliche und fast 200 in der Werkstatt Beschäftigte zusammen mit Ehrenamtlichen für den Berliner Verein. Im September 2006 eröffnete der SkF im Haus der Geschäftsstelle in Berlin-Niederschönhausen das Agnes Neuhaus Café. Es ist ein integratives Café, in dem sich Menschen mit und ohne Behinderung gemeinsam um die Gäste kümmern. Die Küche legt Wert auf Qualität und viele Produkte kommen aus traditionellen klösterlichen Betrieben oder aus biologischer Erzeugung. Die Besucher werden mit Kuchen aus eigener Herstellung verwöhnt und können täglich zwischen mehreren Gerichten sowie frischen Spezialitäten wählen. Ein Besuch in dem denkmalgeschützten Stadthaus mit seinen hellen und freundlichen Räumen lohnt sich sehr.

Wer weitere Informationen möchte, erfährt Wissenswertes unter www.agnesneuhaus-cafe.de im Internet.

(brouwers)

Meinung

Der Fall Eva H.

Brunhilde Raiser, Vorsitzende des Deutschen Frauenrats: „Die jüngst bekannt gewordenen Äußerungen Frau Hermans zur NS-Mütterpolitik haben sie als Gesicht des öffentlich-rechtlichen Fernsehens vollends unmöglich gemacht. Es war höchste Zeit, sich von dieser Frontfrau reaktionärer Frauen- und Familienideologie zu trennen. Es ist mir überhaupt schwer erklärlich, warum die Verfasserin derartig frauenfeindlicher Pamphlete so viel Öffentlichkeit in den vergangenen Monaten eingeräumt bekam. Es sei denn, hinter Frau Herman stehen tatsächlich – wie gemunkelt – fundamentalistische Kreise, die mit allen Mitteln zum Kampf gegen Emanzipation und Geschlechtergerechtigkeit geblasen haben.“

Elke Ferner, Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) und stellvertretende SPD-Bundesvorsitzende: „Jetzt hat Eva Hermann bar jeder historischen Kenntnis endgültig jeden gesellschaftlichen Konsens verlassen. Man muss nicht nur an das Schicksal jüdischer Frauen und Familien und anderer rassistisch und politisch Verfolgter des Dritten Reiches erinnern: Allen Frauen wurde in dieser Zeit der verquasteten Mütterideologie das passive Wahlrecht genommen, sie wurden aus den Universitäten getrieben und scharenweise aus dem öffentlichen Dienst verwiesen, trotz Beamtenstatus, um nur einige Beispiele zu nennen. Man kann den Norddeutschen Rundfunk nur beglückwünschen, sich endgültig von einer Moderatorin getrennt zu haben, die offenbar Traumata ihres persönlichen Lebens nicht überwinden kann und ihren Bekanntheitsgrad schamlos für ihre mehr als rückwärtsgewandten Themen missbraucht.“

Gleichstellung im EU-Jahr der Chancengleichheit

Rückschau: EWG legte Grundlagen für gleiche Arbeitsbedingungen

♦ Diversity – die Vielfalt der menschlichen Möglichkeiten, Kompetenzen und Persönlichkeiten in Bezug auf die ethnische Herkunft und das Geschlecht, auf Religion und Weltanschauung, auf das Alter, die sexuelle Identität oder eine Behinderung – erweitert seit einiger Zeit die öffentliche Debatte. Verwaltungen und andere Institutionen sollen nicht nur zwischen Frauen und Männern den qualifizierten Ausgleich suchen, sondern weitere Merkmale in ihre Betrachtungen von der Kundin und dem Kunden, von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einbeziehen. Diversity öffnet den Blick für Besonderheiten, die als solche zu respektieren sind, sich der Gleichmacherei entziehen und so gesehen den Menschen als Menschen, wie sie oder er vor mir steht, absolut ernst nehmen. „Diversity“ ist im Kern Antidiskriminierungspolitik. Wegbereiterin des Ansatzes in Europa ist einmal mehr die Europäische Union (EU), die seit ihrer Anfangszeit auf Integration setzt und sich gegen jegliche Formen der Ausgrenzung wendet. Mit dem Europäischen Jahr der Chancengleichheit für alle setzt die EU einen starken Akzent für den Schutz vor Diskriminierungen aufgrund der ethnischen Herkunft, der Religion oder Weltanschauung, des Alters, des Geschlechts, der sexuellen Identität oder einer Behinderung. Dabei ist das Jahr der Chancengleichheit Herzstück einer Rahmenstrategie, mit der Diskriminierung bekämpft, die Vielfalt als positiver Wert vermittelt und Chancengleichheit für alle gefördert werden soll. Diese Strategie hat die Europäische Kommission am 1. Juni 2005 beschlossen und dafür ein Gesamtbudget von rund 15 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Wirtschaftliche Überlegungen und nicht zuletzt der Kampf um Stahl und Kohle ebneten die Gründung

der Europäischen Union: Um nach dem Zweiten Weltkrieg den Frieden zu sichern, stand zunächst eine gemeinsame Verwaltung der Montanindustrie im Vordergrund, bis sich dann 1957 Belgien, Frankreich, die Niederlande, Italien, Luxemburg und die Bundesrepublik zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) zusammenschlossen. Innerhalb der EWG sollten alle zu gleichen Bedingungen konkurrieren können. Die Frauen aber, so die Befürchtung, könnten den Wettbewerb verzerren. Der Grund: In Frankreich galt bereits das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ und so wären die Partnerländer wegen ihrer niedrigeren Frauenlöhne im Vorteil gewesen. Deshalb stellt Artikel 119 des EWG-Vertrags gleichen Lohn für gleiche Arbeit fest. Mit Emanzipation hatte dies wenig zu tun. Doch die Basis für die Gleichstellungs- und Antidiskriminierungspolitik in Europa war gelegt. Und so sind in der Rückschau die Römischen Verträge ein Meilenstein für die rechtliche und faktische Gleichstellung der Frau. Mit dem Beitritt von Dänemark, Irland und Großbritannien 1973, Griechenland 1981, Spanien und Portugal 1985 sowie 1995 Finnland, Österreich und Schweden erweiterte sich Stück um Stück auch das gleichstellungspolitische Repertoire. So sorgte die EWG 1979 zum Beispiel dafür, dass Frauen auf alle gesetzlichen und betrieblichen Sozialleistungen denselben Anspruch haben wie Männer. Insbesondere die fortschrittliche Frauenpolitik der skandinavischen Mitgliedsstaaten setzte neue Impulse. Forderungen nach der Gleichbehandlung von Frauen und Männern beim Zugang zur Beschäftigung, zur Berufsbildung und zum beruflichen Aufstieg sowie im Bereich der sozialen Systeme kamen hinzu. Dabei verflüchtigte sich zuneh-

mend der Blick durch die ökonomische Brille des ursprünglich wirtschaftlichen Zusammenschlusses. Je mehr die EU auch ein politischer Bund und ein Raum der offenen Grenzen wurde, in dem sich EU-Bürgerinnen und EU-Bürger frei bewegen können, desto stärker werden die Einflüsse von Europaparlament und Europäischer Kommission auf zum Beispiel die gesellschaftliche Entwicklung in den Mitgliedsstaaten.

Von besonderer Bedeutung war in diesem Zusammenhang die 4. Weltfrauenkonferenz 1995 in Peking: Hier setzte sich die Erkenntnis durch, dass die gesellschaftliche Rolle von Frauen und Männern nicht von Natur aus festgelegt, sondern vielmehr veränderbar ist, und politische, wirtschaftliche und kulturelle Faktoren bei der Diskriminierung von Frauen zusammenwirken. Im Abschlussdokument wird dann das Gender Mainstreaming-Prinzip formuliert. Die nationalen Regierungen aber, die sich ebenso wie das EU-Parlament und die Kommission in Peking auf eine umfassende Gleichstellungspolitik verpflichtet hatten, mussten handeln.

So steht der Amsterdamer Vertrag von 1997 ganz unter dem Eindruck der Weltfrauenkonferenz. Er machte das Prinzip des Gender Mainstreaming zum Gemeinschaftsrecht und bindend für alle Gemeinschaftsinstitutionen und erklärte die Gleichheit der Geschlechter und den Kampf gegen Ungleichheit zu Zielen der Gemeinschaft.

Die „Charta der Grundrechte“, die zur Jahrtausendwende proklamiert wurde, versammelt Rechte, die sich aus den Verfassungstraditionen, aus internationalen Verträgen und der Rechtsprechung der Europäischen Gerichtshöfe ergeben. Frauenpolitisch ist sie von größter Bedeutung.

Sabine Röhrbein

Gleiches Geld für gleiche Arbeit

♦ Überall in Europa verdienen Frauen deutlich weniger als Männer. In Deutschland ist der Unterschied besonders groß: Frauen verdienen hierzulande im Durchschnitt rund 22 Prozent weniger. Dabei wurde der Grundsatz der gleichen Löhne und Gehälter, die Entgeltgleichheit, europaweit bereits vor 50 Jahren mit der Unterzeichnung der Römischen Verträge rechtlich verankert. Die Europäische Kommission hat nun alle nationalen Aktionspartner zum gemeinsamen Handeln aufgerufen. Die EU-Kommission forderte Mitte Juli, die Ursachen der Entgeltungleichheit zu beseitigen. Handlungsbedarf sieht die Kommission insbesondere bei der Beschäftigung von Frauen in Wirtschaftszweigen mit geringeren Verdienstmöglichkeiten, bei den unter-

schiedlichen Rollenbildern und Erwerbsverläufen von Männern und Frauen und den derzeitigen Mustern der Teilzeitarbeit.

EU-Kommissar Vladimír Špidla forderte die EU-Mitgliedsstaaten auf, mit neuen Elterngeldregelungen und Vätermonaten dazu beizutragen, die tradierten Rollenmuster zu überwinden und die Entgeltungleichheit abzubauen. Die Bundesregierung gehe hier mit der Einführung des Elterngeldes bereits voran, hieß es aus dem Bundesfamilienministerium. Mit einer verbesserten Vereinbarkeit von Familie und Beruf sollen außerdem die Rahmenbedingungen geschaffen werden, die Frauen tatsächlich die gleichen Verdienstmöglichkeiten eröffnen wie Männern. Zudem forderte die Kommission, die Datenlage mit

Hilfe von detaillierteren Statistiken und durch eine stärkere Sensibilisierung der Tarifparteien zu verbessern. Die Bundesregierung habe durch das neue Verdienststatistikgesetz bereits zum Jahresbeginn die Möglichkeit geschaffen, deutlich differenzierte Daten zur Entgeltungleichheit zu ermitteln, die dann gezielt ausgewertet werden können. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend bereite gemeinsam mit dem Statistischen Bundesamt dazu für 2008 konkrete Projekte vor. Das Ministerium hat zum Thema den neuen Leitfaden „Entgeltgleichheit - Fair p(l)ay“ aufgelegt, der wichtige Hinweise für alle an der Lohnfindung Beteiligten enthält. Die Broschüre kann dann unter www.bmfsfj.de herunter geladen werden.

Wissenschaft: Teilhabe nur mit Quote

♦ Von einem gleichstellungspolitischen Durchbruch in der Wissenschaft kann in Deutschland noch immer keine Rede sein. Dies stellte der Wissenschaftsrat als wichtigstes Beratungsgremium für die Wissenschaftspolitik in seinen jüngsten „Empfehlungen zur Chancengleichheit“ fest. Er hat darin erneut eindringlich an Forschung und Lehre appelliert, alle vorhandenen Instrumente zur Förderung der Chancengleichheit von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zu nutzen. Andernfalls müssten in fünf Jahren Sanktionen greifen, heißt es. Entsprechend fordert das Gremium konkrete Maßnahmen zur Gleichstellung von Frauen und Männern im Wissenschaftsapparat.

Vor allem in den klassischen Frauenfächern wie den Geistes- und Sprachwissenschaften gebe es „nach oben hin“ einen überdurchschnittlichen Schwund der gut ausgebildeten Akademikerinnen. Der Wissenschaftsrat fordert daher mehr Transparenz in Rekru-

tierungsverfahren, mehr Mentoring für Frauen und ein aktives „head hunting“, um Wissenschaftlerinnen für Führungsaufgaben zu gewinnen. Ferner sollte die Urheberschaft von Artikeln und Forschungsanträgen für Begutachtungsprozesse möglichst anonymisiert werden. Für entscheidend hält der Wissenschaftsrat auch, den Anteil von Gutachterinnen zu erhöhen. Als günstig hat sich dem Bericht zufolge die Einrichtung von Juniorprofessuren erwiesen. 28 Prozent dieser Stellen werden derzeit von Frauen besetzt.

Universitäten, die eine festgesetzte Frauenquote nicht erreichen, sollten durch Mittelabzüge bestraft werden, forderte in diesem Zusammenhang die Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB), Jutta Allmendinger. Seit 1998 sei der Anteil der Frauen unter den deutschen C4- beziehungsweise W3-Professoren nur von sieben auf neun Prozent gestiegen. „Geht es in diesem Schneckentempo wei-

ter, haben wir die Chancengleichheit nicht vor Ende des 21. Jahrhunderts“, sagte die Wissenschaftlerin der „Zeit“. Der Wissenschaftsrat, dem Allmendinger ebenfalls angehört, hatte sich trotz Kritik nicht auf die Forderung nach einer Quote einigen können. Allmendinger plädiert dafür, für jede Hochschule so genannte poolbezogene Vorgaben festzulegen. Wird der festgeschriebene Frauenanteil unter den Professoren nicht in dem vorgesehenen Zeitraum erreicht, müsse es Sanktionen geben, etwa in Form von Mittelabzügen durch Land und Bund, und zwar „in einer Höhe, die wehtut“, so die Soziologin.

Frauen ausgeschlossen

Schuld an den im internationalen Vergleich extrem geringen Karrierechancen für Frauen in der Wissenschaft sind Allmendinger zufolge einflussreiche Männer-Netzwerke, die auf dem Prinzip der gegenseitigen Förderung beruhen und Frauen meist ausschließen.

Mehr Geschlechtergerechtigkeit

Fachminister und Fachministerinnen tagten im Jahr der Chancengleichheit

♦ Das EU-Jahr der Chancengleichheit 2007 prägte die diesjährige Konferenz der Gleichstellungs- und Frauenministerinnen und -minister am 31. Mai in Potsdam. Dabei setzten sie sich mit dem von der EU vorgelegten Fahrplan zur Gleichstellung von Frauen und Männern 2006 – 2010 und dessen Umsetzung in Deutschland kritisch auseinander. Die Ministerrunde habe eine Reihe wegweisender Beschlüsse auf den Weg gebracht, lobte Brandenburgs Gleichstellungsministerin Dagmar Ziegler, derzeit Vorsitzende der Fachministerkonferenz. So wurde der auf Initiative Brandenburgs eingebrachte Leit Antrag einstimmig verabschiedet, der darauf abzielt, vermehrte Anstrengungen zu unternehmen, um eine tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern zu erreichen.

Eigenständige Konferenz

Bestrebungen der unionsgeführten Länder, die Konferenz mit der Jugend- und Familienministerkonferenz (JFMK) zusammen zu legen, erteilten die Fachminister dagegen eine Absage. Berlins Frauensenator Harald Wolf (Linke) begrüßte den Fortbestand einer eigenständigen Frauen- und Gleichstellungsminister/-innenkonferenz ausdrücklich. „Frauen- und gleichstellungspolitisch wichtige Themen werden so in den aktuellen gesellschaftspolitischen Diskussionen weiterhin ihren Stellenwert behalten“, betonte er. Dies sei gerade im Hinblick auf die weitergehende Ausgestaltung der sozialen Sicherungssysteme unverzichtbar.

Vereinbarkeit von zentraler Bedeutung

Der Leit Antrag führt unter anderem aus, dass sich der Anstieg der Frauenerwerbstätigkeit im Wesentlichen auf Teilzeit- und gering-

füßige Beschäftigung beschränke, so dass das Arbeitsvolumen von Frauen insgesamt gesunken ist und 2004 sogar unter dem Stand von 1991 lag. Außerdem nehme die Frauenbeschäftigung hauptsächlich in Sektoren und Berufen zu, in denen Frauen bereits überrepräsentiert sind. Frauen verdienen im Vergleich zu Männern nach wie vor 22 Prozent weniger Lohn und Gehalt.

Die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer sei von zentraler Bedeutung für die Gleichstellung, so die Fachminister. Die Initiative zum quantitativen und qualitativen Ausbau der Kinderbetreuungsplätze der Bundesfrauenministerin werde vor diesem Hintergrund ausdrücklich unterstützt. Im europäischen Vergleich wiesen Staaten mit den höchsten Beschäftigungsquoten von Frauen gut ausgebauten Kinderbetreuungsstrukturen mit hohen Qualitätsstandards aus, hätten flexible Arbeitsbedingungen, ein geringeres Armutsrisiko sowie eine höhere gesellschaftliche Akzeptanz erwerbstätiger Mütter noch nicht schulpflichtiger Kinder. „Frauen sind in den Spitzenpositionen der Wirtschaft noch immer sehr selten vertreten. Insbesondere in Großunternehmen, wo viel verdient wird und Entscheidungen mit Breitenwirkung fallen, sind Frauen stark unterrepräsentiert“, heißt es in dem Beschluss.

Frauen in Führungspositionen

Mit seiner Frauenquote in Führungspositionen liege Deutschland auf dem sechstletzten Platz der 25 EU-Mitgliedsstaaten. Andere europäische Länder seien hier weiter, zum Teil auch durch gesetzliche Regelungen. Die Gleichstellungs- und Frauenministerinnen und -minister wollen daher prüfen, wie Maßnahmen oder gesetzliche

Regelungen zur Erhöhung des Frauenanteils in Entscheidungsgremien wirksamer umgesetzt und überdies hemmende geschlechtsspezifische Rollenstereotype abgebaut werden können.

Kein Interesse an Beschäftigungssituation?

Der Bedeutung des Themas wirtschaftliche Eigenständigkeit von Frauen entsprechend hat der Berliner Frauensenator bei der Konferenz Anträge zur Entgeltgleichheit und zu prekären Beschäftigungsverhältnissen eingebracht. Während der Antrag zur Entgeltgleichheit einstimmig angenommen wurde, drückten einige der unionsgeführten Länder ihre ablehnende Position gegen die Erstellung einer Studie über die Beschäftigungssituation von Frauen in Dienstleistungs- und freien Berufen durch Stimmenthaltung aus. Die erforderliche Mehrheit kam deshalb nicht zustande.

Verlässliche Daten nötig

Der Antrag verfolgte das Ziel, verlässliche Daten über das Ausmaß der Beschäftigung von Frauen im Niedriglohnsektor zu erhalten. Harald Wolf reagierte mit Unverständnis auf die ablehnende Haltung. „Den für Gleichstellung und Frauen zuständigen Ministerinnen und Ministern der Union kam es offenbar nicht darauf an, mit dem Thema ‚prekäre Beschäftigungsverhältnisse‘ angemessen sachlich und fachlich umzugehen, sondern den auf der Bundesebene zwischen den Koalitionsfraktionen bestehenden Konflikt zu den Themen Niedriglohn und gesetzlicher Mindestlohn in die GFMK hineinzutragen und damit dem gleichstellungs- und frauenpolitischen Anliegen einen Bärendienst zu erweisen“, kommentierte der Senator das Abstimmungsverhalten. Allerdings wollen die Ministerinnen

weiter auf Seite 13



Mehr Geschlechtergerechtigkeit

weiter von Seite 12

und Minister bei der Bundesregierung eine Studie über die berufliche Situation von Frauen nach der Rückkehr aus Mutterschutz oder Elternzeit durchsetzen. Es gebe unübersehbare Anzeichen dafür, dass Berufsrückkehrerinnen häufig mit Problemen zu kämpfen hätten, hieß es zur Begründung. Belastbare Daten hierzu existierten bisher allerdings nicht. Erkenntnisse dazu seien aber überaus wichtig, wenn das Ziel einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie erreicht werden soll, stellten die Ministerinnen und Minister fest.

Die Konferenz vertrat ferner die Auffassung, dass eine gesicherte Datenlage für eine zielorientierte Gleichstellungspolitik erforderlich ist. Deshalb wurde beschlossen, ländereinheitliche Genderindikatoren zu entwickeln, an denen sich

künftig Trends und Entwicklungen ablesen lassen. Mehr Anstrengungen forderte die Ministerrunde zudem beim Schutz von Migrantinnen vor häuslicher Gewalt und dem Schutz von Mädchen vor Genitalverstümmelung. Noch sei in Deutschland viel zu wenig bekannt, in welchem Ausmaß Mädchen und Frauen davon betroffen sind. Ärzten müssten in ihrer medizinischen Aus- und Fortbildung viel mehr Kenntnisse über genitale Verstümmelungen, die Strafbarkeit solcher Handlungen in Deutschland sowie die rechtlichen Möglichkeiten zum Schutz der betroffenen Mädchen vermittelt werden. Die Konferenz forderte daher eine Untersuchung des Ausmaßes der rituellen Beschneidung von Mädchen in Deutschland und eine stärkere Berücksichtigung der Problematik in der Aus- und Fortbildung.

Beschlüsse und Themen

- 1.2 Durchführung der GFMK in den kommenden Jahren
- 4 Im Europäischen Jahr der Chancengleichheit für alle die Gleichstellung von Frauen und Männern aktiv und zielgerichtet voranbringen
- 6.1 Entwicklung von Genderindikatoren
- 6.2 Gender Mainstreaming für die Aktivitäten der Förderung Älterer auf dem Arbeitsmarkt
- 7.1 Entgeltungleichheit
- 8.1 Rückkehr aus Mutterschutz und Elternzeit
- 8.2 Brückenfunktion des SGB II für erwerbsfähige Mütter ausbauen
- 9 Rückstand bei der Repräsentanz von Frauen in Führungspositionen in der Privatwirtschaft abbauen
- 10.1 Abbau von Geschlechterstereotypen in den Medien
- 10.2 Mit vertiefter Berufsorientierung die Chancengleichheit verbessern
- 11.2 Gleiche Chancen für Frauen mit Migrationshintergrund auf dem Arbeitsmarkt
- 11.3 Migrantinnen stärker vor häuslicher Gewalt schützen
- 12.1 Entwicklung geschlechtsdifferenzierter Arzneimittelforschung
- 12.2 Gender Mainstreaming in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung
- 13.1 Arbeitspapier der Bund-Länder-AG Frauenhandel
- 13.2 Mädchen besser vor Genitalverstümmelung schützen
- 14.2 Geschlechtergerechte Gestaltung bundeseinheitlicher Steuererklärungsvordrucke zur Einkommensteuererklärung
- 14.3 Familiensplitting
- 15 Nachteilige Auswirkungen der Tarifverträge zur Überleitung in den TVöD beseitigen

6. CEDAW-Bericht

♦ Mitte Juli hat das Bundesfrauenministerium den 6. Bericht der Bundesrepublik Deutschland zum Übereinkommen der Vereinten Nationen (VN) zur Bekämpfung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) veröffentlicht. Der Bericht soll spätestens im September 2007 dem VN-Ausschuss überreicht werden. Ein Jahr zu spät, wie unter anderem die Bundestagsfraktion Die Linke in einer kleinen Anfrage bemängelte (Antwort Drucksache 16/6096). In dem Bericht wird die nach wie vor geschlechtsspezifische Arbeitsteilung in Familie und Berufsleben als Ursache für viele Ungleichbehandlungen genannt. Frauen sind in Entscheidungspositionen unterrepräsentiert, haben ein geringeres Einkommen und sind schlechter sozial abgesichert. Das traditionelle Rollenverständnis schlägt sich noch immer in der Berufswahl junger Mädchen nieder. Die Überwindung der traditionellen Rollenbilder sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf identifiziert der Bericht als die herausragenden gleichstellungspolitischen Ziele. Die Bundesregierung plant nun eine Neuauflage der CEDAW-Broschüre noch in diesem Jahr.

Regionalkonferenz OST

♦ Das brandenburgische Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie ist am 25. und 26. Oktober Gastgeber für die Regionalkonferenz OST im Rahmen des Europäischen Jahrs der Chancengleichheit. Die Konferenz konzentriert sich auf die Themen Bildung, Ausbildung und Zugang zu Arbeit unter besonderer Berücksichtigung der Situation in den östlichen Bundesländern. Dabei werden die spezifischen Gegebenheiten und ihre Auswirkungen auf Chancengleichheit und den Abbau von Diskriminierung verdeutlicht. **Auskünfte unter 0331/866-59 02, E-Mail: regionalkonferenz@masgf.brandenburg.de**

Neue Standards für die Qualifikation im Beruf

EU will Ausbildungen vereinheitlichen – Verdi-Frauen üben Kritik

♦ Nachdem der Warenaustausch in der Europäischen Union (EU) reibungslos funktioniert, soll nun der Austausch von Arbeitskräften verbessert werden. Dazu ist es notwendig, die Berufe in den verschiedenen Mitgliedsstaaten untereinander vergleichbar zu machen. Die Angleichung der einzelnen Berufsbilder und Ausbildungen soll bis zum Jahr 2010 durch den Europäischen Qualifikationsrahmen (EQR) erreicht sein. In Deutschland bewerkstelligt dies das Bundesinstitut für Berufsbildung (BiBB), dessen Aufgabe unter anderem die Leitung von Projekten ist, bei denen im Konsensprinzip zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern neue Ausbildungsberufsbilder oder Fortbildungsordnungen entstehen.

Vereinheitlichte Bildungsvoraussetzungen erleichtern es den Arbeitgebern, Arbeitnehmer aus verschiedenen Ländern einzusetzen und auszutauschen. Arbeitssuchenden bieten vergleichbare Berufsbilder größere Bewerbungschancen auch in anderen EU-Ländern. Bei der Umsetzung der EQR-Vorgaben gehen die Mitgliedsstaaten jedoch sehr unterschiedlich vor. Nachdem die deutsche Stellungnahme zum EQR unter Beteiligung der Gewerkschaften, der Arbeitgeber und der Bundesländer erarbeitet worden ist, steht jetzt der Deutsche Qualifikationsrahmen (DQR) im Mittelpunkt. Dazu arbeitet seit gut einem Jahr eine Arbeitsgruppe des BiBB-Hauptausschusses, die ebenfalls paritätisch mit Vertretern der einzelnen Bänke (ArbeitnehmerInnen, Arbeitgeber, Staat) besetzt ist. Dabei ist die grundsätzliche Beschreibung von Kompetenzen die Basis. Noch gehen die Meinungen aber auseinander, in wie vielen Stufen die Kompatibilität mit dem EQR herzustellen ist. Die Länderseite befürwortet acht, die Arbeitgeberseite sieben, die Gewerkschaften

fünf. Das Gewerkschaftsmodell sieht eine Stufung auf Basis von erworbenen Kompetenzen und nicht von Abschlüssen vor. „Für uns befinden sich akademisch erworbene Abschlüsse zum Beispiel nicht automatisch auf einem höheren Level als berufsbegleitend erworbene Kompetenzen“, betonen die Verdi-Frauen.

Kritik an EU-Plänen

Die bloße Übernahme der acht Level des EQR sei mit vielen Fragen und auch Schwierigkeiten verbunden. „In diese acht Level sollen alle erworbenen Fähigkeiten und Fertigkeiten, Bildungsabschlüsse etc. einsortiert und verglichen werden“, erläutern sie. Die Meinungen darüber, was Fähigkeiten und Fertigkeiten sind, gehen in der Arbeitsgruppe weit auseinander. Besonders umstritten sei der Begriff „Kompetenz“. Hier manifestierten sich zwei verschiedene Bildungsmodelle: Die EU stelle vorrangig auf Outcome-Orientierung ab, wobei dieses Modell nicht danach fragt, wie eine Person zu den notwendigen Kompetenzen gekommen ist. Die Outcome-Orientierung befasst sich nicht damit, ob eine Berufsausbildung von privaten oder staatlichen Trägern angeboten wird, überprüft weder Lehrinhalte noch Lehrmethoden und fragt nicht nach den Kosten für die Ausbildung. Interessant ist lediglich, ob eine Ausbildung oder ein Teil davon (Modul) für die am Markt agierenden Arbeitgeber von Nutzen ist.

Danach bliebe es den Arbeitnehmern überlassen, sich Bildungsmodule einzukaufen und eine nachgefragte Ausbildung zusammen zu stellen. Doch insbesondere Jugendliche, die eine Erstausbildung erhalten sollen, sind mit dem selbst zusammenstellbaren Modulsystem überfordert, meint Verdi. Ausbildungsziele, wie Arbeits- oder Sozialrecht und Um-

welt- und Gefahrenschutz oder auch soziale Kompetenzen würden vermutlich kaum mehr vermittelt, sind sich die Verdi-Frauen sicher. Insgesamt „droht die langfristige Verwertbarkeit der Ausbildung – lernen, wie man lernt – einer kurzfristigen, preiswerteren Ausbildung geopfert zu werden“, heißt es. Damit werde nicht nur die Qualität der Arbeit gefährdet, sondern auch das langfristige Lohnniveau der Beschäftigten.

Indiz für eine solche Tendenz sei „der dringliche Wunsch der Wirtschaft, verstärkt zweijährige Berufe anzubieten, die aus unserer Sicht den Namen Beruf gar nicht verdienen“. Dabei würden insbesondere Berufe im Dienstleistungssektor im Blick der Arbeitgeberverbände stehen. So gebe es zum Beispiel Vorschläge für eine zweijährige Ausbildung unterhalb der Zahnmedizinischen Fachangestellten und für eine Servicefachkraft für Bürowirtschaft. Frauen wären von diesen „amputierten Ausbildungsgängen“ in besonderer Weise betroffen: „Typische Frauenberufe mit niedrigem Lohnniveau sollen noch mal beschnitten werden. Eine fatale Entwicklung, wenn man die Erfahrungen in der akademischen Ausbildung berücksichtigt: Je mehr Stufen eine Ausbildung beinhaltet, desto weniger Frauen finden sich in den letzten Stufen.“

Eine breite Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei der Diskussion um diesen Themenkomplex finde kaum statt. „Nach dem momentanen Planungsstand, sollen der Europäische Qualifikationsrahmen und dann auch die Nationalen Qualifikationsrahmen 2010 wirksam werden. Nach europäischen Maßstäben ist das ein kurzer Zeitraum. Angesichts der breiten Betroffenheit wäre eine größere Beteiligung der Arbeitnehmerschaft wünschenswert“, so die Verdi-Frauen.

Erster Krebsatlas für Berlin

♦ In Berlin erkrankten Frauen häufiger an Krebs als im Vergleich zum gesamten Erfassungsgebiet des Krebsregisters für Berlin und die neuen Bundesländer. „Vor allem Lungenkrebs erkrankungen nehmen zu. Dies ist ein alarmierender Trend, der dadurch fortgesetzt wird, dass Mädchen immer früher mit dem Rauchen beginnen“, erklärte Berlins Gesundheitsministerin Katrin Lompscher (Die Linke) bei der Präsentation des ersten Krebsatlases Anfang Juli in Berlin. Danach ist Brustkrebs noch immer die häufigste Krebserkrankung bei Frauen. In Berlin ist seit April das Brustkrebs-Screening zur Früherkennung flächendeckend eingeführt. „Ich möchte auch von dieser Stelle die Berlinerinnen auffordern, dieses derzeit wirksamste Instrument der Früherkennung zu nutzen. Je früher ein Krebsherd erkannt wird, desto besser die Chancen auf Hei-

lung“, so Lompscher. Der Krebsatlas zeigt deutliche lokale Unterschiede bei den Krebsneuerkrankungsraten, die auch mit dem Sozialstatus zusammenhängen. Besonders belastet sind demnach die Innenstadt und die citynahen Bereiche. „Das zeigt, wie wichtig und wichtig es ist, dass wir innerhalb des inneren S-Bahnringes ab Januar die Umweltzone einführen. Wir brauchen gerade in diesem Bereich eine deutliche Verringerung von gesundheitsgefährdenden Schadstoffkonzentrationen“, betonte die Senatorin. Die Auswertung der jetzt vorliegenden Daten sei wichtig für die Planung und Durchführung von Präventionsstrategien. Prävention müsse vor allem dort stattfinden, wo sozial Benachteiligte leben. Dies gelte für Angebote des Öffentlichen Gesundheitsdienstes ebenso wie für entsprechende Angebote von Krankenkassen und Freien Trä-

gern, so Lompscher. Der Öffentliche Gesundheitsdienst in den Innenstadtbezirken müsse dieses Thema zum Beispiel im Rahmen bezirklicher Gesundheitskonferenzen aufgreifen und alle Akteure zusammenführen, um mit ihnen gemeinsam konkrete, zielgruppenorientierte Maßnahmen entwickeln. „Bereits bestehende gute Ansätze gilt es zu ergänzen und nachhaltig zu verankern“, sagte Lompscher.

Die Senatorin appellierte in diesem Zusammenhang an die Berliner Ärztinnen und Ärzte, die seit 2004 in Berlin geltende Krebsmeldepflicht ernst zu nehmen, um das Meldeaufkommen weiter zu verbessern. Je gesicherter die Daten, desto wirkungsvoller könnten die Prävention und Bekämpfung der Krebserkrankungen sein.

Internet-Info:

www.krebsregister-berlin.de

Woche des bürgerschaftlichen Engagements 2007

♦ Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen hat am 14. September in Berlin, im Tipi-Zelt am Kanzleramt, den Startschuss für die Woche des bürgerschaftlichen Engagements 2007 geben. „Wir brauchen das bürgerschaftliche Engagement heute mehr denn je“, betont sie. „In früheren Jahren stellte die Familie das entscheidende soziale Netzwerk dar, aus dem heraus Hilfe in Notlagen gegeben werden konnte. Hier haben sich die Strukturen stark verändert. Die klassische Großfamilie gibt es kaum noch. Also müssen wir erkennen, wo wir die Chance haben, neue Strukturen und Netzwerke des sozialen Engagements, des Ehrenamtes zu nutzen.“ Auch in diesem Jahr übernimmt Bundespräsident Horst Köhler die Schirmherrschaft der bundesweiten Woche, die das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) bereits zum dritten Mal

organisiert. Unter dem Motto „Engagement macht stark!“ zeigen Verbände, Organisationen, Vereine und Initiativen vom 14. bis zum 23. September, wie sie sich aktiv für das Gemeinwohl einsetzen. Die diesjährigen thematischen Leitlinien der Aktionswoche sind „Integration und Teilhabe“. Ziel der Aktionswoche ist es, das freiwillige Engagement zu würdigen und für die aktive Mitgestaltung des gesellschaftlichen Miteinanders zu werben. „Das Engagement hat viele Gesichter“, meint Bundespräsident Köhler. „Es leistet einen Beitrag zur Förderung der Solidarität und des Gemeinsinns.“ Ob im Fußballclub, der Kita, dem Tierheim oder im Jugendclub: Nach den Ergebnissen des zweiten Freiwilligensurveys engagieren sich in Deutschland mehr als 23 Millionen Menschen ehrenamtlich. Das sind 36 Prozent der Bevölkerung ab 14 Jahren. Alle

freiwillig und ehrenamtlich Engagierten sind eingeladen, an der Woche aktiv teilzunehmen. Sie verspricht 2007 noch erfolgreicher zu werden als die des Vorjahres. Immer mehr Initiativen, Organisationen oder örtliche Projekte nutzen den medialen Rahmen der Aktionswoche für die Präsentation ihrer Arbeit. Im Jahr 2006 hatten sich bis Mitte Juli rund 320 Veranstalter für die Printversion des Veranstaltungskalenders eingetragen. 2007 sind es fast 500 Akteure. In Berlin stellen sich zum Beispiel Verbände, Vereine, Selbsthilfegruppen und Initiativen am Auftakttag ab 13 Uhr auf dem Karl-August-Platz in Charlottenburg vor. Dabei werden Bürgerinnen und Bürger für ihr herausragendes Engagement mit bezirklichen Ehrenamtspreisen in Höhe von je 4000 Euro geehrt.

Internet-Info: www.engagement-macht-stark.de

Verdienstorden für Berlinerinnen

♦ Die Berliner Anwältin Seyran Ates und die Berliner Schauspielerin Ulrike Folkerts gehören zu den zwanzig Frauen, die Bundespräsident Horst Köhler am 21. Juni mit dem Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet hat. Wie schon 1999 hat damit ein Bundespräsident ausschließlich Frauen mit dem Verdienstorden geehrt. Köhler wolle damit „das Bewusstsein für die vielfältigen, beeindruckenden Leistungen stärken, die Frauen in unserem Land erbringen“, teilte das Bundespräsidialamt mit. Die Verleihung des Verdienstordens sei für ihn eine Möglichkeit, dies öffentlich anzuerkennen und in herausgehobener Form seinen Dank dafür zum Ausdruck zu bringen. Der Bundespräsident wolle zudem bewirken, dass mehr Frauen für diese Auszeichnung vorgeschlagen werden. Nicht nur bei der alltäglichen Arbeit gebe es Unterschiede zwischen Frauen und Männern, sondern auch bei der freiwilligen Arbeit, be-

tonte der Bundespräsident in seiner Ansprache. „Das Engagement der Frauen ist tendenziell eher familienbezogen und sozial bestimmt, während sich Männer stärker in berufsnahen Bereichen engagieren und in solchen, die traditionell mit mehr Prestige verbunden sind“, stellte er fest. Ihm liege „sehr viel daran, auf Maßstäbe in unserer Gesellschaft aufmerksam zu machen, die vielleicht erklären können, warum noch immer weit weniger Frauen als Männer für eine Auszeichnung mit dem Verdienstorden vorgeschlagen werden“, meinte er. Zwar sei der Anteil der Ordensträgerinnen seit 1990 von 16 auf 25 Prozent gestiegen. Doch gemessen am Anteil der Frauen an der Bevölkerung und ihrem vielfältigen Engagement sei das immer noch viel zu wenig. Köhler: „Deswegen nehme ich seit Oktober letzten Jahres Vorschlagslisten nur noch an, wenn von zehn Kandidaten mindestens drei Frauen sind.“ Für den Bundespräsidenten steht fest: „Eine

moderne, zukunftsfähige und zugleich solidarische Gesellschaft braucht die Kreativität, die Fantasie und die Kompetenz der Frauen an verantwortlicher Stelle – in Wirtschaft und Politik genauso wie im Bereich der freiwilligen und gemeinnützigen Arbeit. Dazu braucht es auch Männer, die Haus- und Familienarbeit nicht scheuen und dafür gegebenenfalls auch im Beruf zurückstecken. Es braucht gesellschaftliche Rahmenbedingungen, die es Frauen wie Männern möglich machen, berufliches, privates und öffentliches Engagement zu verbinden. Und schließlich braucht es Vorbilder.“

Solche Vorbilder ehrte Bundespräsidentin Köhler im Schloss Bellevue. Zu den Geehrten gehören prominente Frauen wie Bettina Böttinger und Elisabeth Zöller, aber auch der Öffentlichkeit Unbekannte, wie etwa zwei Ordensschwestern, die sich seit Jahren in der Hospizarbeit engagieren.

Konzept gegen Mobbing

♦ Der Senat hat Ende August einen Zwischenbericht an das Abgeordnetenhaus zum Thema „Partnerschaftlichen Umgang fördern – Mobbing in der Verwaltung bekämpfen“ beschlossen. Darin wird über Aktivitäten und geplante Initiativen zum Konfliktmanagement in der Berliner Verwaltung berichtet. Dabei geht der Senat davon aus, dass Mobbing nur eine besondere Erscheinungsform von Konflikten darstellt. Wesentlich ist eine Gesamtbetrachtung aller Umstände und Möglichkeiten, die zu Konflikten führen und die zu ihrer Bewältigung genutzt werden können. Die Senatsinnenverwaltung will nun gemeinsam mit Führungskräften, Beschäftigten und Personalvertretungen ein Rahmenkonzept zum Konfliktmanagement erarbeiten.

Berliner Ehrennadel vergeben

♦ Am 8. Juni 2007 verliehen die Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales Dr. Heidi Knake-Werner und die Berliner Beauftragte für das Bürgerschaftliche Engagement Monika Helbig im Wappensaal des Roten Rathauses die Berliner Ehrennadel an neun besonders aktive ehrenamtlich tätige Berlinerinnen und Berliner für ihr besonderes soziales Engagement.

Die Senatorin bedankte sich herzlich für das herausragende Engagement der Geehrten und würdigte deren freiwillige Arbeit für das Gemeinwohl: „Ohne den Einsatz der vielen engagierten Bürgerinnen und Bürger würde auch in unserer Stadt viel an sozialer Wärme fehlen. Was in unserer Gesellschaft durch Selbsthilfe und das soziale Ehrenamt vollbracht wird,

könnte kein Staat – selbst beim besten Willen und vollen Kassen – ersetzen“, so Knake-Werner. „In Berlin haben wir die Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement verbessert und damit für das Funktionieren von Institutionen und Einrichtungen zur Förderung von Ehrenamtlichkeit und bürgerschaftlichem Engagement sorgen können“, betonte sie und ergänzte: „Ich möchte alle ermuntern, sich weiterhin aktiv zu engagieren und sich an den sechs Frauen und drei Männern, die wir heute auszeichnen, ein Beispiel zu nehmen. Sie haben in langjähriger ehrenamtlicher Arbeit vieles geleistet, was wir heute besonders würdigen.“



GM – Standard in der Verwaltung

♦ Der Senat hat bei seiner Sitzung am 7. August Handlungsaufträge zur Überführung von Gender Mainstreaming (GM) in ein Regelverfahren beschlossen. Damit wird das Prinzip nach einer mehrstufigen Erprobungsphase auch in den Bezirken nun Standard in der Berliner Verwaltung. Basis für den aktuellen Beschluss ist der „Vierte Bericht über die Umsetzung von Gender Mainstreaming (einschließlich Gender Budgeting) in der Berliner Verwaltung“, den der Senator für Wirtschaft, Technologie und Frauen, Harald Wolf, vorgelegt hat. Jetzt wird sich der Rat der Bürgermeister mit dem Thema befassen, der diesen zur Kenntnisnahme erhält. Bereits im Koalitionsvertrag ist vorgesehen, dass GM als Querschnittsaufgabe in allen Verwaltungsbereichen regelmäßig umgesetzt werden soll.

Im einzelnen hat der Senat beschlossen:

- Die Landeskommision Gender Mainstreaming soll die Weiterentwicklung von GM in der Berliner Verwaltung unter ergebnis- und zielrelevanten Gesichtspunkten voranbringen sowie die Überführung von GM in ein Regelverfahren bis 2011 sicherstellen.
- Die GM-Geschäftsstelle soll die Implementierung von GM weiterhin landesweit koordinieren und evaluieren. Außerdem soll sie in Kooperation mit allen Senatsverwaltungen bis Ende 2007 einen Gender-Aktionsplan für die nächsten Jahre erstellen, dessen verbindliche Realisierung sie in der aktuellen Legislaturperiode ebenfalls koordiniert.
- Alle Senatsverwaltungen sollen die in ihrer Zuständigkeit liegenden zentralen Vorhaben des Regierungsprogramms und der Verwaltungsmodernisierung unter genderpolitischen Gesichtspunkten umsetzen und somit sicherstellen, dass GM integrierter Teil der regulären Verwaltungspraxis wird. Diese Vorhaben sollen sie

mit gleichstellungspolitischen Zielen sowie Indikatoren verbinden, damit Veränderungen im Geschlechterverhältnis geprüft werden können.

Zum Hintergrund

Die Verpflichtung, Gender Mainstreaming und Gender Budgeting in der Berliner Verwaltung umzusetzen, geht zurück auf Beschlüsse, die seit 2002 vom Berliner Senat und Abgeordnetenhaus sowie auf Bezirksebene ergänzend vom Rat der Bürgermeister gefasst wurden. „Sie sind in den vorangegangenen Jahren kontinuierlich weiterentwickelt worden und lassen klar erkennen, dass die Berliner Genderpolitik als komplementäre Strategie neben der Frauenförderpolitik etabliert werden soll“, heißt es dazu aus der Senatsfrauenverwaltung. Ziel sei es, mehr Chancengleichheit und Geschlechtergerechtigkeit für Frauen und Männer durch eine geschlechtersensible Verwaltung herzustellen.

Die GM-Umsetzung befindet sich nach der einjährigen Pilotphase (2003/04) und der sich anschließenden zweijährigen Hauptphase (2004/2006) seit diesem Jahr in der dritten Phase: Die Genderperspektive wird nun als integrierter Teil mit der Facharbeit in allen Verwaltungsbereichen verknüpft. „Das eingeführte Instrument Gender Budgeting trägt durch eine veränderte Haushalts- und Finanzpolitik zur Geschlechtergerechtigkeit bei“, meint die Senatsfrauenverwaltung. „Die Geschlechterdimension wird zunehmend in der Berliner Verwaltung thematisiert.“ Die Grundlage dafür bildeten die gut funktionierenden Arbeitsstrukturen wie GM-Geschäftsstelle, Landeskommision, Arbeitsgruppe Gender Budget, Genderbeauftragte und externe Beratung. Parallel dazu werden umfangreiche Fortbildungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung angeboten.

Wanderausstellung

♦ „Deutscher Bundestag – Unsere Abgeordneten“ ist der Titel einer Wanderausstellung, die vom 8. bis 13. Oktober im Foyer des Schloss-Straßen-Centers (SSC) am Steglitzer Walter-Schreiber-Platz zu sehen ist. Die Ausstellung informiert über das Verfassungsorgan Bundestag und stellt seine parlamentarischen Aufgaben und Arbeitsprozesse dar. Zur Eröffnung sowie am Samstag, dem 13. Oktober, finden Aktionen mit Überraschungsgästen sowie Gesprächsrunden zum Verbraucherschutz unter anderem mit der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten Mechthild Rawert statt.

Kunstauktion 2007

♦ Die diesjährige Kunstauktion zugunsten von Projekten für Migranten und Flüchtlingen der Evangelischen Kirche findet am Sonntag, dem 14. Oktober, in der Kirche zum Heiligen Kreuz, Zosener Straße 65 in Berlin-Kreuzberg, statt. Die Auktion, die unter anderem von der LFR-Vorstandsfrau Barbara Faccani organisiert wird, beginnt um 14 Uhr, Einlass ist um 13 Uhr. Die Werke können am Vortag, dem 13. Oktober, in der Zeit von 12 bis 19 Uhr vorbeichtigt werden.

Mehr Informationen sind vorab unter www.ekbo.de/auktion zu finden.

Familien-Kongress

♦ Die Lebenswelten von Familien befinden sich in einem Prozess der Ausdifferenzierung und des Umbruchs: Mit ihrem Familienpolitischen Kongress vom 26. bis 27. Oktober in Berlin will die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen relevante Bereiche der Familienpolitik bearbeiten, eigene Positionen vorstellen sowie Perspektiven und Strategien kritisch debattieren.

Programm und Anmeldung unter www.gruene-bundestag.de

Tipps + Tipps + Tipps

Journalistinnenpreis

♦ Zum zweiten Mal vergeben die Finanz-Fachfrauen in diesem Jahr ihren Medienpreis „When I'm sixtyfive“. Mit dem Preis werden Journalistinnen ausgezeichnet, die sich herausragend mit dem Thema „Frauen und Altersvorsorge“ beschäftigen. Die Auszeichnung wird in den Kategorien „Print“ und „online“ vergeben und ist mit insgesamt 10.500 Euro dotiert. Bewerbungsschluss ist der 31. Dezember 2007.

Mehr Infos unter www.finanzfachfrauen.de

Elterngeld-Broschüre

♦ Die von der dbb bundesfrauenvertretung über die wichtigsten Vorschriften rund um Elterngeld und Elternzeit zusammengestellte Broschüre liegt wegen der großen Nachfrage seit kurzem bereits in der 16. Auflage vor. Mitglieder können sie kostenfrei in der Geschäftsstelle der dbb bundesfrauenvertretung bestellen. Die Broschüre ist aber auch unter www.frauen.dbb.de als PDF-Dokument herunter zu laden.

Gesundheitsportal

♦ Frauenspezifische Gesundheitsprobleme und Lebenslagen erfordern eine frauenspezifische Gesundheitsförderung. Bestehende Defizite in diesem Bereich greift jetzt die Website www.frauengesundheitsportal.de der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung auf. Sie bietet mit einer themenspezifischen Online-Datenbank einen systematischen Überblick über zahlreiche Informationen und Wissenszugänge.

Mehr Tipps finden Sie auf www.lfr-berlin.de

Ausschreibung für Louise-Schroeder-Medaille

♦ Das Berliner Abgeordnetenhaus hat jetzt die Ausschreibung für die Verleihung der Louise-Schroeder-Medaille am 2. April 2008 veröffentlicht. Die Auszeichnung wird durch den Präsidenten des Abgeordnetenhauses am Geburtstag Louise Schroeders vorgenommen. Die Entscheidung, welche Persönlichkeit damit geehrt wird, trifft das Kuratorium „Louise-Schroeder-Medaille“. Die Berlinerinnen und Berliner sind nun aufgerufen, bis zum 31. Oktober 2007 Vorschläge für geeignete Persönlichkeiten oder Institutionen für die Louise-Schroeder-Medaille 2008 einzureichen. Dem Vorschlag ist eine aussagekräftige Begründung sowie eine Biographie der vorgeschlagenen Person oder eine Beschreibung der vorgeschlagenen Institution beizufügen.

Louise Schroeder war seit 1919 Parlamentarierin und von Mai 1947 bis Dezember 1948 Oberbürgermeisterin von Berlin. In diesen Ämtern hat sie sich bleibende Verdienste um die Stadt erworben. Durch ihre couragierte Amtsführung trug sie erfolgreich zur Linderung der großen Not im Nachkriegs-Berlin bei. Zeitlebens zeichnete sie sich durch unermüdliches soziales Engagement und durch das Eintreten für die Gleichstellung von Männern und

Frauen aus. Ihr politisches Handeln war von überparteilicher Zusammenarbeit bestimmt. Ihr zu Ehren wird die Louise-Schroeder-Medaille seit 1998 an eine Persönlichkeit oder Institution verliehen, die dem politischen und persönlichen Vermächtnis Louise Schroeders in hervorragender Weise Rechnung trägt und sich in besonderer Weise Verdienste um Demokratie, Frieden, soziale Gerechtigkeit und die Gleichstellung von Frauen und Männern erworben hat.

Das Kuratorium setzt sich aus Parlamentariern und Nicht-Parlamentariern zusammen, die von den Fraktionen des Abgeordnetenhauses benannt worden sind. Die Mehrheit der Mitglieder des Kuratoriums gehört nicht dem Parlament an. Vorsitzende des Kuratoriums ist Ingrid Stahmer, Bürgermeisterin und Senatorin a.D.

Nähere Informationen finden Sie auf der Homepage des Abgeordnetenhauses www.parlament-berlin.de in der Rubrik „Wissenswertes/Louise-Schroeder-Medaille“. Die Vorschläge sind zu richten an: Abgeordnetenhauses von Berlin, Kuratorium „Louise-Schroeder-Medaille“, Niederkirchnerstraße 5 in 10117 Berlin.

Neues Programm

♦ Das neue Programm 2007-2008 von „Raupe und Schmetterling“ ist Ende August erschienen. Darin enthalten: Vorträge, Workshops und Kurse zu den Themen Arbeit, Finanzielle Absicherung, Selbstständigkeit, Kommunikation und Gesundheit. Das Bildungs- und Beratungszentrum Raupe und Schmetterling – Frauen in der Lebensmitte e. V. ist in der Pariser Straße 3 in Wilmersdorf zu finden und telefonisch unter 030/88 92 26-0, per E-mail an mail@raupe-undschmetterling.de zu erreichen.

Studie wird vorgestellt

♦ „Vom Rand zur Mitte“ ist die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung überschrieben, die für Aufsehen sorgte, da sie erhebt, in welchem Ausmaß fremdenfeindliche, rassistische und menschenverachtende Einstellungen bereits Teil unseres Alltags sind. Bezirksstadträtin Angelika Schöttler und die SPD-Bundestagsabgeordnete Mechthild Rawert stellen die Studie am 27. September in der Zeit von 17 bis 19.30 Uhr im Rathaus Tempelhof, Raum 160 (ehemaliger BVV-Saal) vor.



Positiver Einfluss auf männliche Gefangene

♦ Weibliches Haftpersonal erweist sich als vorteilhaft: „Unter den Augen der uniformierten Frauen verhalten sich die – überwiegend männlichen – Gefangenen meist höflicher und ordentlicher. In spannungsgeladenen Situationen wirkt die weibliche Präsenz häufig deeskalierend“, informierte das brandenburgische Justizministerium Ende Juli. Auch Fälle von Mobbing gegen die Mitarbeiterinnen im Strafvollzug seien bislang nicht angezeigt worden. Beim Krankenstand – oft ein Indikator für Probleme am Arbeitsplatz – gebe es keine signifikanten Unterschiede zwischen weiblichen und männlichen Bediensteten. Vielmehr werde das Bestehen gemischtgeschlechtlicher Teams all-

gemein als positiv für das Arbeitsklima in den Justizvollzugsanstalten bewertet.

„Was vor 40 Jahren noch unvorstellbar war, ist heute Selbstverständlichkeit“, betont Justizministerin Beate Blechinger (CDU). Weibliche Mitarbeiter auf den Haftstationen seien geradezu sinnbildlich für einen lebensnahen Strafvollzug. „Wenn es darum geht, verurteilte Straftäter zur Besinnung zu bringen und für die Rückkehr in ein bürgerliches Leben zu gewinnen, ist der Einfluss weiblicher Mitarbeiter unverzichtbar.“ Im allgemeinen Vollzugsdienst sind durchschnittlich 25 Prozent Frauen beschäftigt. Am 18. Juli 2007 waren in den sechs brandenburgischen Haftanstalten insgesamt

2.049 Gefangene, darunter 54 Frauen im geschlossenen und 13 im offenen Vollzug, inhaftiert.

„Problematisch sind lediglich Situationen, in denen männliche Gefangene körperlich durchsucht werden, Urinproben abgeben müssen oder ein unmittelbarer Zugriff in akuten Gefahrensituationen erforderlich ist. Durch entsprechende Personaleinsatzplanung wurde jedoch bisher verhindert, dass Aufgaben allein deshalb nicht realisiert werden konnten, weil weibliche Mitarbeiter Dienst ausübten“, heißt es. So würden Frauen zur Gefangenenbewachung bei Krankenhausaufenthalten und beim Ausführen männlicher Gefangener nur ausnahmsweise eingesetzt.

Viele Angebote – geringe Nutzung

Führungskräfte kein Vorbild für Work-Life-Balance

♦ Hilfe beim Wiedereinstieg nach der Elternzeit, Teilzeitmodelle, Telearbeit – inzwischen bieten zahlreiche Unternehmen ihren Beschäftigten eine Vielzahl solcher Möglichkeiten, um Arbeit und Familie besser vereinbaren zu können. Allerdings: Männer und Führungskräfte nutzen diese Angebote kaum, zeigt eine Studie von Ungleich Besser Diversity Consulting (Köln). Vieles spreche dafür, dass die Ursachen dafür in der Unternehmenskultur zu suchen sind, heißt es.

Im Frühjahr 2006 hatte Ungleich Besser gemeinsam mit dem Personalmagazin 115 Unternehmen befragt, wie sich in ihrer betrieblichen Praxis die Vereinbarung von Privat- und Berufsleben gestaltet. Die jetzt vorliegende Auswertung zeigt, dass die Diskrepanz zwischen dem Angebot und seiner tatsächlichen Nutzung, enorm ist. So bieten 81 Prozent der befragten Firmen ihren Führungskräften eine Teilzeittätigkeit an, während andererseits 61 Prozent angaben, dass dies selten genutzt wird.

„Ursache hierfür dürfte sein, dass in vielen Unternehmen Work-Life-Konzepte stereotyp auf Frauen und Mütter zugeschnitten sind“, so Ungleich Besser. „Unternehmen sollten ein Format entwickeln, das rückkehrende Väter gleichermaßen effektiv reintegriert und Vätern die Möglichkeit gibt, einer aktiven Vaterschaft nachzugehen“, betont Michael Stuber, Geschäftsführer der Consultingfirma und Autor der Studie.

Bislang jedoch herrschen tradierte Rollenbilder vor: Die geringste Zustimmung fand die Aussage „Männliche Beschäftigte sind Vorbilder für eine aktive, engagierte Vaterschaft“ und nur 35 Prozent der befragten Unternehmen stimmten der Aussage zu, dass Teilzeitkräfte als Leistungsträger wahrgenommen werden. Nur knapp ein Drittel der Betriebe war mit der Aussage „die Möglichkeit einer Schwangerschaft schränkt die Karrierechancen von Frauen nicht ein“ einverstanden. Dabei sei den Firmen durchaus bewusst, dass tradiertes Rollenverständnis und

Werte im Wandel begriffen sind. Für 40 Prozent der Befragten sind „Veränderte Rollen/Lebensentwürfe, Wertewandel“ sogar das entscheidende Motiv, Maßnahmen im Bereich Work-Life-Balance und Vereinbarkeit von Elternschaft und Beruf anzubieten. Doch vor allem Führungskräfte tun sich oft schwer, glauben sie doch, Teilzeitmodelle seien „nichts für die Führungsetage, weil man dort immer verfügbar sein muss“. Doch ohne dass die Führungsebene die Work-Life-Balance vorgelebt, „entfaltet sich kein geeignetes Klima für eine Unternehmenskultur, die auf einen Ausgleich zwischen Arbeit und Familie ausgerichtet ist“, so das Fazit. Gezielte Arbeit an der Unternehmenskultur, wie zum Beispiel Kampagnen für aktive Vaterschaft, könnten aber durchaus Wirkung zeigen: Die Aussage, dass „männliche Beschäftigte Vorbilder für eine engagierte Vaterschaft“ sind, korrelierte mit der Durchführung solcher Kampagnen.

Mehr als Krippenplätze und flexible Arbeitszeiten

BMFSFJ: Immer mehr Unternehmen setzen auf Vereinbarkeit

♦ Die Zahl der Arbeitgeber, die das audit berufundfamilie als strategisches Managementinstrument zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie nutzen, ist in diesem Jahr auf über 500 gestiegen, teilte die Bundesregierung mit. So haben im Juni bundesweit 191 Unternehmen und Institutionen, darunter 25 Hochschulen, die Zertifikate zum audit berufundfamilie und zum audit familiengerechte hochschule erhalten. „Immer mehr Unternehmen erkennen, dass eine familienbewusste Personalpolitik ein Erfolgsfaktor für mehr Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit ist“, erklärte dazu Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen.

Familienfreundliche Wirtschaft?

„Die zertifizierten Unternehmen und Institutionen zeigen tagtäglich, wie ein Betrieb familienbewusst und zugleich erfolgreich geführt werden kann. Sie sind Klasse Vorreiter! Ich bin überzeugt, dass viele weitere Unternehmen diesen Weg gehen werden und Familienfreundlichkeit zu einem Markenzeichen der deutschen Wirtschaft wird“, betonte von der Leyen, deren Ministerium ebenfalls mit dem Zertifikat ausgezeichnet wurde. „Die deutsche Wirtschaft und insbesondere die mittelständischen Unternehmen brauchen qualifizierte Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen. Nur mit familiengerechten Arbeitsplätzen ist eine Win-Win-Situation für Beschäftigte und Unternehmen zu erreichen“, so die Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Dagmar Wöhrle, die Ministerin Glos bei der Zertifikatsverleihung vertrat.

Die familiengerechten Angebote der Unternehmen, Institutionen und Hochschulen, die das audit berufundfamilie durchlaufen ha-

ben, bieten mehr als die Einrichtung von Kinderkrippen oder flexible Arbeitszeiten. Um nachhaltig eine familienbewusste Personalpolitik zu etablieren, setzen diese Arbeitgeber auf Angebote zur Stärkung der Führungskompetenz und zur besseren internen und externen Kommunikation. Auch das Thema der Pflege älterer Familienangehöriger gerät dabei verstärkt in den Fokus.

Vom Finanzamt bis zu Stiftungen und Ministerium

Zu den Zertifikatsempfängern gehören in diesem Jahr sowohl kleine Unternehmen mit fünf Beschäftigten als auch große mit über 26.000 Beschäftigten. Finanzämter und Stadtverwaltungen wurden ebenso ausgezeichnet wie Handwerkskammern, Krankenkassen, Ministerien, Hochschulen und Stiftungen.

Diese Vielfalt zeige deutlich, dass es sich immer weniger Arbeitgeber leisten könnten und wollten, auf eine familienbewusste Personalpolitik zu verzichten, heißt es aus dem Bundesfamilienministerium. Sie sei vielmehr ein zentraler Erfolgs- und Wettbewerbsfaktor. Das als kontinuierlicher Prozess angelegte audit trage mit der stetigen Weiterentwicklung familiengerechter Arbeitsbedingungen schließlich dazu bei, die Fehlzeiten zu senken, das Image zu steigern und die Rekrutierung von Fach- und Führungskräften zu vereinfachen.

Europäischer Sozialfonds und Hertiestiftung

Das audit berufundfamilie, das unter anderem durch den Europäischen Sozialfonds gefördert wird, steht unter der Schirmherrschaft von Ursula von der Leyen und Wirtschaftsminister Michael Glos. Die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft BDA, BDI, DIHK

und ZDH empfehlen das audit. Die gemeinnützige Hertie-Stiftung hat das audit berufundfamilie 1998 initiiert und die berufundfamilie gGmbH gegründet, die seitdem für alle Aktivitäten der Stiftung verantwortlich zeichnet. Sie entscheidet über die Vergabe der audit-Zertifikate und qualifiziert und lizenziert unabhängige Auditoren. Zertifikate zum audit berufundfamilie wurden erstmals 1999 vergeben. Seit 2002 wird das audit auch Hochschulen unter dem Titel „audit familiengerechte hochschule“ angeboten.

Inzwischen haben mehr als 500 Unternehmen, Institutionen und Hochschulen mit mehr als 800.000 Beschäftigten das audit durchlaufen. Dabei sind über 150 unterschiedliche Maßnahmen zusammengetragen worden.

Einsetzbar in allen Branchen und Betriebsgrößen, erfasst das audit den Status quo der bereits angebotenen Maßnahmen zur besseren Balance von Beruf und Familie und entwickelt systematisch das betriebsindividuelle Potenzial. Nach erfolgreichem Abschluss dieses Prozesses erhalten die Unternehmen und Institutionen das „Grundzertifikat zum audit berufundfamilie“.

Die praktische Umsetzung wird jährlich von der berufundfamilie gGmbH überprüft. Nach drei Jahren können im Rahmen einer Re-Auditierung weiterführende Ziele vereinbart werden.

Mehr Infos zu diesem Thema sowie Hinweise zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf finden Interessierte unter www.beruf-und-familie.de im Internet.

Hohe Ganztagsquote in Ostdeutschland

♦ Jedes siebte Kind unter sechs Jahren wurde 2006 ganztags betreut. Insgesamt 632.000 Kinder unter sechs Jahren verbrachten mehr als sieben Stunden pro Tag in einer Tageseinrichtung oder bei einer Betreuungsperson. Dies teilte das Statistische Bundesamt im Juni mit. Die Eltern von 137.000 unter dreijährigen Kindern haben Angebote der Ganztagsbetreuung als Ergänzung zur eigenen Kindererziehung in Anspruch genommen. Die Ganztagsquote, also der Anteil der Kinder in Tagesbetreuung an allen Kindern dieser Altersgruppe, belief sich bundesweit auf rund 6,5 Prozent. Allerdings zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland: Während in Ostdeutschland die Ganztagsquote bei den unter Dreijährigen bei 25 Prozent liegt, beträgt sie in Westdeutschland lediglich 2,6 Prozent.

Wenig Lohn für treue Frauen

♦ Nach einer Studie der Universität Erlangen-Nürnberg ist das niedrigere Einkommensniveau von Frauen im Verhältnis zu Männern auch darauf zurückzuführen, dass sie seltener den Arbeitsplatz wechseln. Wenn Frauen sich an ihrem Arbeitsplatz wohlfühlen, wechseln sie nicht gleich zum Wettbewerber, nur weil dieser mehr zahlt. Im Gegensatz dazu müssen Männer von den Unternehmen mit höheren Löhnen gehalten werden, da sie schneller zur Konkurrenz abwandern. Das unterschiedliche Verhalten erklären die Wissenschaftler mit der traditionellen Geschlechterrolle: Frauen würden sich häufig als Zweitverdienerin definieren. Nur selten drängen sie ihre Familien wegen eines besser bezahlten Jobs zu einem Umzug. Für Männer ist es nach wie vor eher denkbar, die Arbeitsstelle zu wechseln und bei einem Ortswechsel die Familie mitzunehmen.

Frühe Hilfen bei Vernachlässigung

♦ Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen hat am 10. Juli den Startschuss für das neue Nationale Zentrum Frühe Hilfen gegeben. Mit Professorin Elisabeth Pott, Direktorin der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA), und Professor Thomas Rauschenbach, Direktor des Deutschen Jugendinstituts (DJI), deren Organisationen gemeinsam Träger der vom Bund geförderten Einrichtung sind, stellte sie Ziele und Strukturen des Nationalen Zentrums vor. Dieses hat seinen Sitz in Köln und soll deutschlandweit mit Expertenwissen lokale und regionale Netzwerke beraten und unterstützen, die das Risiko von Kindesvernachlässigung und Kindesmisshandlung minimieren wollen, indem sie Angebote des Gesundheitswesens mit denen der Kinder- und Jugendhilfe eng verzahnen. „Hinter jedem Fall von Verwahrlosung und Misshandlung steht die Leidensgeschichte eines Kindes“, so Ministerin von der Leyen. „Wir müssen Hilfen früher und besser aufeinander abstimmen, damit der Teufelskreis von Isolation und Gewalt innerhalb einer Familie nicht erst entsteht. Wenn die Geburtshelfer, Hebammen, Kinderärzte oder die Jugendhilfe die einzigen Anlaufstellen sind, bei

denen gefährdete Kinder kurzfristig wahrgenommen werden, dann müssen wir diese beiden Systeme zum Schutz der Kinder verknüpfen und stark machen“, betonte sie. Das Nationale Zentrum Frühe Hilfen solle „die Systemgrenzen zwischen Gesundheitswesen und Jugendhilfe überwinden“ sowie Fachwissen bündeln und dieses in den Kommunen systematisch verbreiten. Das Nationale Zentrum Frühe Hilfen soll ein Kristallisationspunkt im Bundesprogramm „Frühe Hilfen für Eltern und Kinder und soziale Frühwarnsysteme“ sein, für das das Bundesfamilienministerium bis zum Jahr 2010 rund 10 Millionen Euro aufwendet. Im Mittelpunkt stehen Familien mit Kindern bis zu drei Jahren, deren Lebensalltag durch soziale oder persönliche Probleme schwer belastet ist. Werden Risiken früh erkannt, können rechtzeitige Hilfeangebote für überforderte Eltern der Vernachlässigung und Misshandlung von Kindern wirksam vorbeugen, heißt es.

Internet-Infos:

www.fruehehilfen.de
www.schwanger-info.de
www.kindergesundheit-info.de

Längerer Kitabesuch, mehr Schulbildung

♦ Je länger ein Kind die Kita besucht, umso mehr sinkt die Wahrscheinlichkeit, dass es später auf die Hauptschule kommt. Das ist das Ergebnis einer Studie, die C. Katharina Spieß und Charlotte Büchner vom Forschungszentrum für Erziehung und Arbeitsmarkt (ROA) der Universität Maastricht veröffentlicht haben. Erstmals untersuchten sie den Zusammenhang zwischen der Dauer des Kitabesuchs und des späteren Schulerfolgs eines Kindes. Danach waren rund 50 Prozent der untersuchten Kinder drei Jahre lang in der Kita, nur etwas mehr

als vier Prozent fünf oder sechs Jahre oder aber nur ein Jahr lang. Fazit der Wissenschaftlerinnen: Ein zusätzliches Kitajahr erhöht die Wahrscheinlichkeit eines Gymnasiums- oder Realschulbesuchs um acht Prozent.

Die empirische Analyse verwendete Daten des Sozioökonomischen Panels des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung. In dieser Längsschnittstudie werden seit 1984 jährlich in 10.000 Haushalten thematische Schwerpunkte wie Erwerbsbiografie, Einkommen, Zeitverwendung und familiäre Strukturen abgefragt.

Elterngeld erfüllt Erwartungen

♦ „Fast jede Familie in Deutschland, die in den ersten Monaten dieses Jahres ein Kind bekommen hat, beantragt das Elterngeld. Damit wurden unsere Erwartungen zum Elterngeld voll erfüllt“, zog Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen (CDU) ein positives Fazit zur ersten Halbjahresstatistik nach Einführung des Elterngeldes am 1. Januar 2007. Vom ersten zum zweiten Quartal hat sich die Zahl der Anträge von 60.000 auf 140.000 mehr als verdoppelt. „Im ersten Halbjahr wurden insgesamt 200.000 Elterngeldanträge bewilligt, das ist eine hohe Zahl - vor allem wenn wir wissen, dass das Elterngeld typischerweise erst ein, zwei Monate nach der Geburt beantragt wird. Wir haben in der Auswertung also die Kinder, die bis einschließlich April geboren wurden“, erläuterte die Ministerin. „Ich freue mich vor allem darüber, dass das Elterngeld auch für die Väter attraktiv ist. Die Väter in Berlin mit 11,1 Prozent und Brandenburg mit 10 Prozent sind die Vorreiter“, betont sie. „Die aktuellen Zahlen belegen deutlich, dass immer mehr junge Paare die Kinder-

erziehung und die Verantwortung für den Einkommenserwerb teilen wollen. Im vergangenen Jahr haben nur 3,5 Prozent der Väter Elternzeit genommen, heute sind es im Bundesdurchschnitt bereits 8,5 Prozent“, erklärte von der Leyen. Diese Werte stellte sie in Zusammenhang mit einer aktuellen repräsentativen Befragung vom Institut für Demoskopie in Allensbach von Anfang August. Danach bewertet 71 Prozent der Bevölkerung das Elterngeld positiv. Bei einer weiteren repräsentativen Befragung des Instituts vom Juni wollten 92 Prozent der elterngeldberechtigten Mütter und 30 Prozent der elterngeldberechtigten Väter die Leistung beantragen. Mehr als zwei Drittel der Eltern mit einem beschiedenen Antrag empfanden die Bearbeitung als schnell. Diese Befragung des Allensbacher Instituts im Auftrag des Bundesfamilienministeriums ist der erste Teil einer mehrteiligen Evaluierung des Elterngeldes, die bis 2009 Wirkung und Wirksamkeit des Elterngeldes umfassend untersucht.

Einigung bei Kinderkrippen

♦ Bund und Länder haben sich über die Finanzierung des Ausbaus der Kinderbetreuung für unter Dreijährige geeinigt, hieß es am 28. August aus dem Bundesfamilienministerium. „Nach nur sieben Monaten haben sich Bund und Länder über die Finanzierung der Kinderbetreuung geeinigt. Deutschland schafft damit den Anschluss an die familienpolitisch erfolgreichen Länder in Nord- und Westeuropa“, erklärte dazu Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen (CDU) und sprach von „historischen Schritten für die frühe Förderung von Kindern und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf“. Ihrer Auffassung nach leiste der Bund einen starken Beitrag mit einem Drittel der Kosten,

ab Januar 2008 sollen die Kommunen nun die neuen Plätze bei Tagesmüttern und in Kindergärten schaffen können. „Gezielte finanzielle Hilfen, mehr Familienorientierung in der Arbeitswelt sowie eine gute Infrastruktur der Betreuung und Förderung für Kinder aller Altersgruppen bilden den Dreiklang, der Familien nachhaltig unterstützt“, heißt es im dem Beschluss der Bund-Länder-Arbeitsgruppe. „Wir wollen den Menschen Mut machen, ihre Kinderwünsche zu verwirklichen, wir wollen Armut von Familien vermeiden, Nachteile zwischen den verschiedenen Familientypen ausgleichen und die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsarbeit für Mütter und Väter gleichermaßen ermöglichen.“

Mittel für mehr Professorinnen

♦ Das Düsseldorfer Wissenschaftsministerium belohnte jetzt die Hochschulen in Nordrhein-Westfalen mit insgesamt 5 Millionen Euro aus dem Innovationsfonds für ihre Erfolge bei der Gleichstellung. Die Anzahl der Professorinnen wurde dabei in zweifacher Weise honoriert: Zum einen wurde der Anteil im Jahr 2006 am Landesdurchschnitt, zum anderen der Zuwachs von 2006 zu 2005 gemessen. Führend sind danach die FH Bielefeld mit einem Professorinnen-Anteil von 18,6 Prozent und die FH Dortmund mit sechs neuen Professorinnen und 16,4 Prozent-Anteil. Bei den Universitäten sind es die Uni Paderborn und die Uni Duisburg-Essen, die den stärksten Anstieg bei den weiblichen Professuren melden konnten. Der zuständige Minister Pinkwart kündigte an, die Mittel jährlich ausschütten und die Gesamtsumme in den kommenden Jahren auf sieben Millionen Euro erhöhen zu wollen. Das zusätzliche Geld setzen die Hochschulen für Maßnahmen ein, die die Zahl der Professorinnen auch künftig weiter erhöhen soll. Die Mittel können unter anderem dazu beitragen, den weiblichen wissenschaftlichen Nachwuchs zu fördern, hoch qualifizierte Bewerberinnen um eine Professur zu unterstützen oder eine monetäre Partizipation jener Fachbereiche oder Fakultäten zuzulassen, die Professuren mit Frauen besetzen. Die Gleichstellungsbeauftragten in NRW stehen derzeit mit ihren jeweiligen Hochschulleitungen in engem Austausch: Um das landespolitische Ziel der deutlichen Steigerung des Anteils von Frauen in den Professuren zu erreichen, werden gemeinsam passgenaue Maßnahmen an den Hochschulen entwickelt. Nächster Stichtag zur Berechnung des Professorinnen-Anteils an den NRW-Hochschulen ist der 1. Oktober 2007.

Altersarmut ist weiblich und westdeutsch

Neue Studie erfasst Beitragszeiten bei der gesetzlichen Rente

♦ Ältere Arbeitslosengeld II-Empfängerinnen in Westdeutschland sind besonders stark vom Risiko der Altersarmut betroffen. Das geht aus einer aktuellen Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg hervor, die am 20. August veröffentlicht wurde: Danach gibt es ausgeprägte Unterschiede zwischen den Geschlechtern im Westen, aber nicht im Osten. Ältere Frauen, die Alg II beziehen, weisen mit Abstand die kürzesten Beitragszeiten in der Rentenversicherung auf und haben meist auch nur geringe Beiträge eingezahlt. Nach Einschätzung des IAB dürften sie mehrheitlich keine eigenständige Alterssicherung erreichen und wären somit im Alter auf das Einkommen ihres Partners oder ergänzende Sozialhilfe angewiesen. Dagegen sind ältere Arbeitslose in Ostdeutschland, gleich ob Männer oder Frauen, am wenigsten von Altersarmut bedroht, da sie von den stabilen DDR-Erwerbsbiografien profitieren. Bei den nachrückenden ostdeutschen Jahrgängen steigt laut IAB jedoch die Gefahr, dass die Arbeitsmarktlage Lücken in die Alterssicherung reißt.

Mehr Richterinnen in Erfurt und Kassel

♦ Der Anteil der Frauen bei der Besetzung höchster Richterstellen steigt weiter: Der Richterwahlausschuss, der sich aus den 16 Landesregierungen und 16 vom Bundestag gewählten Mitgliedern zusammensetzt, wählte kürzlich je zwei Frauen zu Richterinnen am Bundesarbeitsgericht (BAG) in Erfurt sowie am Bundessozialgericht (BSG) in Kassel. Am BAG sind damit von insgesamt 34 Richtern sieben Frauen. Am BSG sind von 43 Richtern ebenfalls sieben Frauen.

Zum Hintergrund: Für Alg II-Empfänger werden nur geringe Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung abgeführt. Mit zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit wächst deshalb auch das Risiko, im Alter arm und auf Sozialhilfe angewiesen zu sein. Insgesamt kann rund die Hälfte der Alg II-Empfänger über 50 Jahren aufgrund der eigenen Erwerbsarbeit mit einer gesetzlichen Rente oberhalb des Sozialhilfeniveaus rechnen. Die meisten Beitragsjahre erreichen die älteren Alg-II-Empfänger in Ostdeutschland. Sie dürften daher von Altersarmut am wenigsten bedroht sein.

Hier gibt es anders als bei den westdeutschen Alg II-Empfängern auch keine ausgeprägten geschlechtsspezifischen Unterschiede – als Folge der hohen Erwerbsbeteiligung von Frauen in der DDR. Bei den westdeutschen älteren Alg-II-Empfängerinnen verbinden sich dagegen kurze Beitragsdauern mit niedrigen Arbeitsentgelten wegen Teilzeitarbeit und geringen Stundenlöhnen. Allerdings wird das Risiko der Altersarmut im Osten steigen, wenn sich die Arbeitsmarktlage dort nicht grundlegend und dauerhaft ver-

bessert, so die Studie. Zum einen sinkt das allgemeine Rentenniveau in der gesetzlichen Rentenversicherung weiter, zum anderen werden veränderte Wirtschafts- und Arbeitsmarktbedingungen insbesondere in Ostdeutschland dazu führen, dass zumindest die heute 40- bis 50-jährigen Alg II-Empfänger längere Phasen arbeitslos, versicherungsfrei erwerbstätig oder im Niedriglohnssektor beschäftigt sind. Hinzu kommt, dass das Sozialrecht die individuellen Beitragsausfälle durch Arbeitslosigkeit heute weniger stark ausgleicht als früher. Auf der anderen Seite können aber Ansprüche aus Riester-Verträgen und anderen Formen der Altersvorsorge bei den jüngeren Jahrgängen steigen.

Die Studie „Ältere Bezieher von Arbeitslosengeld II: Einmal arm, immer arm?“ basiert auf der Befragung von 2.486 Betroffenen zwischen 50 und 64 Jahren. Autorin Christina Wübbeke ermittelte die individuelle Summe der Beitragszeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung, die die Befragten bereits bei ihrem Eintritt in den Alg II-Bezug erworben hatten.

Erste Stiftungen aus Studiengebühren

♦ An der Universität Duisburg/Essen und der Fachhochschule Münster sind im Juli die bundesweit ersten Hochschulstiftungen gegründet worden, die sich ausschließlich über Studiengebühren finanzieren und daraus für Studierende Stipendien auflegen sollen. Der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft verwaltet die Stiftungen, wobei die Hochschulleitungen und Vertreter/innen der Studierenden eigenständig über die Vergabe der Mittel entscheiden. Das Studienbeitrags- und Hochschulabgabengesetz von

Nordrhein-Westfalen erlaubt den Hochschulen seit Jahresbeginn, solche Studienbeitragsstiftungen einzurichten.

Der Stifterverband erhofft sich von den neuen Stiftungen Signalwirkung für das Wissenschaftssystem insgesamt. Die Hochschule der Zukunft wird sich nach Auffassung von Stifterverband-Generalsekretär Andreas Schlüter aus einem Mix von staatlichen Zuwendungen, Forschungsdrittmitteln, Studienbeiträgen sowie Spenden und Stiftungserträgen finanzieren.

Klage zur Absetzbarkeit der Kinderbetreuung

♦ Um größere Anreize für Frauen zu schaffen, auch nach der Familiengründung weiterhin berufstätig zu sein, hat die dbb bundesfrauenvertretung, ein Musterverfahren zur steuerlichen Absetzbarkeit erwerbsbedingter Kinderbetreuungskosten als Werbungskosten vom ersten Euro an initiiert. Nachdem diese Klage in der zweiten

Instanz vom Bundesfinanzhof im Mai abgewiesen wurde, hat die dbb bundesfrauenvertretung Klage beim Bundesverfassungsgericht eingereicht (Aktenzeichen 2 BVR 1270/07). Bereits laufende Verfahren können unter Angabe des Aktenzeichens bis zu einer Entscheidung über das Musterverfahren ausgesetzt werden.

Studie zur Vereinbarkeit in Europa

♦ Nur fünf Prozent aller Firmen in Europa bieten Betreuung für die Kinder ihrer Angestellten an und nur zehn Prozent verfügen über Regelungen für flexible Arbeitszeiten, wie sie 75 Prozent ihrer Beschäftigten fordern. Dies geht aus der „Catenon-Jahresstudie über Arbeitszufriedenheit und Lebensqualität 2007“ der Personalvermittlungsfirma Catenon Worldwide Executive Search hervor. Andererseits verwendet Deutschland drei Prozent seines Bruttosozialprodukts für Familienunterstützung „und ist damit ein Land, das in diesem Bereich als akzeptabel eingestuft werden kann“, kommentiert Catenon.

Die erhöhte Konkurrenz in einer weltweiten Umgebung und die angestiegenen Forderungen der Kunden, die schnellen Zugang zu Informationen haben, führten dazu, dass Firmen nicht mehr ausschließlich mit Produkten oder Technologie gegeneinander antreten, heißt es. „Heutzutage ist ein erstklassiges Team der Schlüssel zum Erfolg und der schlagkräftigste Vorteil in einer Konkurrenzsituation.“ Catenon empfiehlt deshalb, dass sich die europäischen Firmen den sich verändernden globalen Bedingungen anpassen und von Vorgaben wie den traditionellen Arbeitszeiten verabschieden. Das Ergebnis wäre, dass solche Arbeitsplätze attraktiver für die besten Mitarbeiter würden.

Laut der Catenon-Fachberater hat die Mehrheit der Firmen in Finn-

land, Schweden und Dänemark Massnahmen ergriffen, damit ihre Angestellten zu flexiblen Zeiten arbeiten können. Doch Länder wie Griechenland, Portugal und Spanien stehen den flexiblen Arbeitszeiten verschlossener gegenüber, nur zehn oder 15 Prozent der Firmen dort haben solche Massnahmen eingeführt. Auch bei den Mitteln zur Familienunterstützung übertreffen die skandinavischen Länder das restliche Europa: Dänemark und Luxemburg liegen hier mit 3,9 beziehungsweise 3,8 Prozent des Anteils ihres Bruttosozialprodukts in Führung: Schweden, Deutschland, Finnland und Österreich befinden sich mit drei Prozent ihres Bruttosozialprodukts im mittleren Bereich, gefolgt von Frankreich, Ungarn und Irland (2,5 Prozent). Unterhalb des EU-Durchschnitts von 2,2 Prozent sind Griechenland und Großbritannien (1,7 Prozent), die Niederlande (1,3 Prozent), Portugal (1,2 Prozent), Italien (1,1 Prozent), Polen (0,9 Prozent) und ganz am Ende Spanien (0,8 Prozent) zu finden.

Der Mutterschaftsurlaub sei mittlerweile auf einem einigermaßen akzeptablen Niveau. Dagegen müsse beim Vaterschaftsurlaub noch viel getan werden. Wiederrum sind die skandinavischen Länder die fortschrittlichsten, indem sie Vätern Urlaub für die Kinderbetreuung einräumen. Diese Art des bezahlten Urlaubs gibt es auch in Frankreich, Spanien und Großbritannien.

30 Prozent Frauen im Handwerk

♦ Fast jeder fünfte neue Meister in Deutschland ist eine Frau. Von den rund 21.700 Handwerkern, die 2006 ihre Meisterprüfung bestanden haben, waren laut dem Institut der deutschen Wirtschaft in Köln 19 Prozent Frauen. Insgesamt lag der Anteil der Frauen im Handwerk bei 30 Prozent, wobei die Zahlen zwischen den Gewerken zum Teil erheblich schwanken. So sind etwa 80 Prozent aller Friseure weiblich. Auch bei Bäckern, Fotografen und Augenoptikern stellen Frauen inzwischen die Mehrheit der Beschäftigten, wohingegen bei Dachdeckern, Maurern und Elektrotechnikern nur 15 bis 18 Prozent der Beschäftigten Frauen sind.

Brustkrebs und Hormonpillen

♦ Die Zahl der jährlichen Brustkrebsfälle sei dramatisch gesunken sei, seit Frauen im Klimakterium weniger Hormonpräparate verschrieben bekommen, informierten Experten der Krebsregister von Schleswig-Holstein und dem Saarland. Laut ihrer Auskunft ging die Zahl der Neuerkrankungen von 2003 bis 2005 um zehn bis 15 Prozent zurück.

Gleichstellung bei Erbschaftssteuer?

♦ Die SPD will bei der bevorstehenden Reform des Erbschaftsteuerrechts auch die bisherige Regelung für gleichgeschlechtliche Paare verändern. Das erklärte Barbara Hendricks (SPD), Staatssekretärin im Bundesfinanzministerium, gegenüber der „Rheinischen Post“. Eingetragene Partnerschaften sind in der Erbfolge der Ehe zwar gleichgestellt, allerdings zahlen Eheleute bei der Erbschaftssteuer einen reduzierten Betrag – für Ehepartner sind 307.000 Euro steuerfrei, für Lebenspartner dagegen nur 5.200 Euro.



Ärztinnenbund bereitet Kongress vor

♦ Beim 30. Wissenschaftlichen Kongress des Deutschen Ärztinnenbundes (DAB) im September wird schon traditionell der Wissenschaftspreis des DAB und der Dr. Edith-Grünheit-Stiftung verliehen. Dieser Wissenschaftspreis habe als einziger Preis dieser Art die Geschlechterdifferenz in Diagnostik, Therapie, Prävention und biomedizinischer Forschung im Fokus, so die DAB-Vizepräsidentin Prof. Dr. Marianne Schrader. „Nur Arbeiten von jungen Ärztinnen aus Klinik und Wissenschaft, die sich zentral mit dieser Thematik befassen, werden prämiert.“ Ein Thema der 2007 eingesandten Arbeiten

ist laut Schrader die „Gendersensitive Pharmakokinetik der Zytostatika und Pathophysiologie depressiver Erkrankungen insbesondere unter dem Einfluss des Geschlechts“. Die Jury setzt sich aus vier klinisch und wissenschaftlich tätigen Professorinnen zusammen. Die Preisverleihung findet im Rahmen des Kongresses am 21. September in Regensburg.

Nicht in der Oberpfalz, sondern in Münster wird der 28. Kongress des Weltärztinnenbundes 2010 stattfinden. Beim diesjährigen Kongress der Medical Women's International Association (MWIA)

im August in Ghana entschieden sich die mehr als 300 Ärztinnen aus 27 Ländern einstimmig für Deutschland als Austragungsland des 28. MWIA-Kongresses.

Das Treffen in Ghana stand unter dem Motto „Women in the World of Medicine – Frauen in der Welt der Medizin. Neue MWIA-Präsidentin ist die Radiologin Prof. Dr. Atsuko Heshiki (Japan), Dr. Shelley Ross aus Vancouver (Kanada) neue Generalsekretärin und damit Nachfolgerin der Dortmunderin Dr. Waltraud Diekhaus, die jetzt zur Vizepräsidentin mit der Zuständigkeit für Zentral-Europa gewählt wurde.

Stille Sucht - Pflegezeit - Medienkompetenz

Stellungnahmen des Bayerischen Landesfrauenausschusses

♦ Drei Stellungnahmen hat der Bayerische Landesfrauenausschuss (BayLFA) am 18. Juli 2007 verabschiedet. Sie thematisieren die Themen „Medikamentenabhängigkeit“, „Pflegefreistellung“ und „Medienkompetenz“. Unter der Überschrift „Frauen und stille Süchte – Medikamentenabhängigkeit“ sieht der BayLFA die Notwendigkeit, die „stille“ Sucht der Medikamentenabhängigkeit mehr in den Mittelpunkt gesellschaftspolitischer Überlegungen zu rücken. Schätzungsweise bis zu zwei Millionen Menschen in Deutschland sind medikamentenabhängig, zwei Drittel davon sind Frauen. Die abhängigen Frauen fallen als „stille“ Suchtopfer nicht auf, sie genügen den Ansprüchen der leistungsorientierten Gesellschaft und „funktionieren“ im Beruf, als Familienfrauen zu Hause und als Seniorinnen in der häuslichen Umgebung oder in stationären Pflege- und Betreuungseinrichtungen. Sie schweigen und schlucken – ein klassisches weibliches Genderverhalten. Der Bayerische Landesfrauenausschuss sieht hier Handlungsbedarf.

Ein „Gesetz zur Pflegefreistellung und Konsequenzen für Frauen“ fordert der BayLFA in einer zweiten Stellungnahme. Hintergrund: Im Zusammenhang mit der Diskussion um die Pflegeversicherung wird immer wieder die Einführung einer Pflegezeit, analog oder ähnlich der Elternzeit, vorgeschlagen. Gleichzeitig wird der Vorrang der häuslichen Pflege vor der stationären Pflege betont. Begründet wird dies mit dem Wunsch der zu Pflegenden und den geringeren Kosten. Eine Freistellungsregelung muss aber nach Auffassung des BayLFA so gestaltet werden, dass Frauen nicht noch stärker in die moralische Verantwortung kommen, Familienangehörige zu pflegen. Es dürfen keine Anreize geschaffen werden, die dazu führen, dass Frauen für die Pflege ihren Beruf aufgeben, nur weil die häusliche Pflege mit weiblichen Familienangehörigen kostengünstiger ist.

In der Stellungnahme „Neue Medien verantwortungsbewusst nutzen – Medienkompetenz fördern“ lehnt der BayLFA Schleichwerbung und Produktplatzierung ent-

schieden ab. Er sehe sich dazu durch eine in diesem Jahr stattfindende EU-Gesetzesänderung genötigt. In der neuen EU-Richtlinie „Audiovisuelle Mediendienste ohne Grenzen“, die die alte Fernsehrichtlinie ablöst, werden Produktplacement und Schleichwerbung in Fernsehfilmen, Serien, Sportprogrammen und leichten Unterhaltungssendungen ermöglicht. Das bedeutet einen Verstoß gegen das Gebot der Trennung von Programm und Werbung. In der Praxis sind es überwiegend Frauen, die in den Familien und in den Erziehungsberufen mit den Auswirkungen des Medienkonsums konfrontiert sind. Deshalb fordert der BayLFA die EU-Abgeordneten auf, in der endgültigen Abstimmung Produktplatzierung in der geänderten Richtlinie komplett zu verbieten. Es besteht die Gefahr, dass besonders Kinder und Jugendliche manipuliert werden.

Die vollständigen Stellungnahmen sind bei der BayLFA-Geschäftsführung, Telefon: 089/12 61-15 20, Email: BayLFA@stmas.bayern.de erhältlich.

Appell an Tiefensee

♦ Die Vorsitzende des Landesfrauenrates Sachsen-Anhalt e.V., Ute Fischer, hat sich gegen das von Bundesminister Wolfgang Tiefensee geplante Modellprojekt gegen Abwanderung junger Frauen aus Ostdeutschland gewandt. Die vorgeschlagenen Maßnahmen wie mobile ärztliche Versorgung, Mehrgenerationenhäuser, rollende Bibliotheken und Rufbusse „sind nach unserer Auffassung selbstverständlicher Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge, insbesondere unter den Anforderungen der demografischen Entwicklung“, heißt es in dem Schreiben vom 16. Juli. Solche Maßnahmen seien keineswegs geeignet, um junge Frauen in strukturschwachen Regionen zu halten. „Für jun-

ge Frauen, die i. d. R. gut ausgebildet und karriereorientiert sind, wäre eher ein gesetzlicher Mindestlohn hilfreich, um sie im Land zu halten“. so Fischer an den Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Länder. „Für arbeitslose Frauen wäre die Unterstützung von Ausbildung und/oder Umschulung in boomenden Branchen in Ostdeutschland wie bspw. der Solarindustrie oder der Chemie hilfreich.“ Ute Fischer appelliert im Namen des Landesfrauenrates an Minister Tiefensee, die Inhalte des Modellprojekts noch einmal gründlich zu überdenken und mit Fachleuten zu besprechen. Fischer: „Es wäre schade, wenn Ihre Initiative gegen Abwanderung verpuffen würde.“

Tagung für Pflegeberufe

♦ Die Pflegeexpertinnen Prof. Christel Bienstein, Karla Kämmer und Dr. Angelika Zegelin sind bei einer Tagesveranstaltung des Deutschen Berufsverbandes für Pflegeberufe (DBfK) am 8. November 2007 in der Zeit von 10 bis 17 Uhr im Alten Rathaus in Potsdam zu erleben. Unter der Überschrift „Pflegehandeln und Pflegewissen – Es darf hinterfragt werden“ sollen Vorträge und Diskussionen dem Brückenschlag zwischen Theorie und Praxis dienen. Erklärtes Ziel ist es, den Teilnehmerinnen Anregungen für die ambulante und stationäre Pflege und Ideen für die Gestaltung Ihres Pflegealltags mit zu geben.

Internet-Info: www.dbfk.de/bbr

Neue Künstlerinnen in der GEDOK Berlin

♦ Tina Buchholtz, Bruni Jürss, Christine Keruth, Friederike Krusche, Petra Lang und Kai Rosner – das sind die Namen der sechs neuen Künstlerinnen, die der Fachbereich Bildende Kunst der GEDOK Berlin in diesem Jahr aufnimmt: **Tina Buchholtz** belegte 1991 den zweiten Platz für einen Entwurf im Rahmen des Wettbewerbs „Berlin für Olympia“ und nahm 2002 an der Ausstellung „Berlins größtes Atelier“ im Postbahnhof am Ostbahnhof teil. Ihre abstrakten Arbeiten bewahren die Assoziation mit der Gegenständlichkeit.

„Mein Thema ist mein Leben, die Malerei, mein Weg damit zu leben...“ Das ist die Auseinandersetzung von **Bruni Jürss** in der Kunst. Ihre Bilder sind stark geprägt von persönlichen Aspekten wie zum Beispiel das Nichtgesehen-werden, Grenzüberschreitungen, Erstarren, Verstummen. Auch **Christine Keruth**, die 2005 die Galerie „en passant“ mitbegründete, sind Emotion und Spontanität wichtiger als Perfektion, Vernunft und Reglementierung.

Durch das bewusst gewählte Verlassen gewohnter Denk- und Handlungsstrukturen und das Zulassen von freien Assoziationen und unbefragten Handlungsimpulsen lässt sie Neues, Überraschendes entstehen.

Die ehemalige Meisterschülerin von Prof. Max Görner, **Friederike Krusche**, setzt sich in ihrer Malerei seit geraumer Zeit mit „Masken“ auseinander. „Ich möchte ergründen, was hinter der Maske steckt und warum wir sie brauchen: Verdecken und Offenbaren, Scheinbares und Wahres.“ Eine wirklich „bewegende“ Künstlerin ist **Petra Lang**, die über das Zeichnen zum Performen gekommen ist und über die Bewegung zurück zum Zeichnen. So ist das stets präsente Thema ihrer Arbeiten die Bewegung und der Stillstand in eben dieser. **Kai Rosner** studierte an der Kunsthochschule Weißensee Malerei und bildete sich als Bildhauerin weiter. Das Medium für ihre figurativen Skulpturen ist der Sandstein. Ihre gemalten Orte und Landschaften sind Ausdruck ihrer Suche, tiefe Empfindungen, Er-

fahrungen und Gefühle, die sich dem Zugriff von Worten entziehen wollen, mit Farben darzustellen.

Für die Künstlerinnen veranstaltet die GEDOK im Dezember 2007 eine eigene Ausstellung in der Galerie der Dorothea Konwiarz-Stiftung, dem ehemaligen Verborgenen Museum. Die GEDOK arbeitet bundesweit und ist ebenfalls in Österreich vertreten. Seit der Gründung durch Ida Dehmel 1926 in Hamburg besteht der gemeinnützige Verein und engagiert sich für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitssituationen von Künstlerinnen und für eine geschlechtergerechtere Gestaltung aller Bereiche des künstlerischen Schaffens. Die GEDOK Berlin ist Mitgliedsorganisation des Landesfrauenrates.

Kontakt und weitere Informationen über die Künstlerinnen und ihre Ausstellungen unter www.Gedok-berlin.de im Internet und per Mail an theispr@yahoo.de (Ansprechpartnerin Uschi Theis).



Vorbereitung für Frauenwoche 2008

♦ Der Beirat der Brandenburgischen Frauenwoche hat Mitte Juli das Motto „FrauenStärken leben – mit Vielfalt und Beteiligung Zukunft gestalten“ festgelegt. Außerdem wurden „Kommunalwahlen“, „Regionale Infrastruktur und öffentliche Daseinsvorsorge“, „Arbeit und Existenzsicherung“, „Zukunfts-

chancen von Mädchen und jungen Frauen“, „Frauengesundheit“, „Frauenkultur und -geschichte“ sowie „Gender Mainstreaming und Gender Budgeting“ als Themenschwerpunkte gewählt. Hintergrund sind das „Europäische Jahr des interkulturellen Dialogs“ sowie die Kommunalwahlen 2008.

Deutschland - noch kein Kinderland

♦ Genau 170 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus zehn Ländern tauschten Anfang September auf Einladung des Business and Professional Women (BPW) Germany Lösungsstrategien für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie aus. „Ein Anteil von nahezu 90 Prozent mitbetreuender Väter wie in Norwegen, die hohe Geburtenrate der Französinen, die günstigen Kinderbetreuungsmöglichkeiten Schwedens, die Steuersätze der Schweizer Nachbarn und den britischen Sinn für Humor“ – auf diese Wunschformel brachte BPW-Präsidentin Bettina Schleicher die idealen Bedingungen für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie zum Abschluss des europäischen Symposiums „Career Future Family“. Gemeinsam mit dem Frauennetzwerk BPW diskutierten der Verband berufstätiger Mütter (vbm) und das Väter-Experten-Netz Deutschland (VEND) unter anderem mit dem Familienforscher Professor Hans Bertram, der neben Bundesministerin Ursula von der Leyen die Schirmherrschaft für die Veranstaltung übernommen hatte. Die Symposiumsbesucher konnten zunächst einen Einblick gewinnen, welche Konzepte es hierzulande und in anderen europäischen Ländern gibt, damit Mütter und Väter Kinder und Karriere besser unter einen Hut bringen und vor welchen Hürden berufstätige Eltern derzeit noch stehen. Für Deutschland zeigten sich unter anderem Problemfelder in dem nach wie vor vorherrschenden

den Ernährermodell, wonach in über 50 Prozent aller Familien der Vater Vollzeit arbeitet, während die Mutter gänzlich aus dem Beruf aussteigt und Fürsorge und Erziehung zu ihrer alleinigen Domäne werden. Auch gibt es Vorbehalte gegenüber einer Fremdbetreuung des Familiennachwuchses: Einer vom Forschungsinstitut SowiTra präsentierten Umfrage zufolge beurteilen 56 Prozent aller westdeutschen Frauen eine solche Lösung als „schädlich für das Kind“. Das stellt Paare, die von der traditionellen Rollenteilung abweichen möchten, vor erhebliche Akzeptanzprobleme in ihrem persönlichen Umfeld.

In den dialogorientierten Tagungsformaten World Café und Open Space wurde unter anderem thematisiert, welche Aushandlungsstrategien für individuelle Lösungswege sich im Gespräch mit dem Arbeitgeber empfehlen und auf welche Weise Unternehmen ihre Mitarbeiter aktiv unterstützen können.

In ihrer Abschlussrede bekräftigte Bettina Schleicher, dass der BPW Germany weiterhin an dem Thema arbeiten will: „Wir setzen an den unterschiedlichen Ursachen für die derzeit noch unzulängliche Vereinbarkeit von Beruf und Familie an.“ Die Bekämpfung der Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen in der jüngst gestarteten BPW-Kampagne „Initiative Rote Tasche“ sei dabei ein wichtiger Schritt.

Präsentationen und Ergebnisse unter www.bpw-germany.de

Neues aus dem UCW

„Reife Zeit“-Programm

♦ Beim Projekt „Reife Zeit“ bieten verschiedene Unternehmerinnen im Unternehmerinnen- und Gründerinnenzentrum Charlottenburg-Wilmersdorf (UCW) spezielle Programme für Frauen jenseits der 50 an. Im Herbst steigt das Projekt mit einem Special ein: Am 19. September liest Bezirksbürgermeisterin Monika Thiemen (SPD) „Humorvolles zum Reifen und Älterwerden“ (Anmeldung unter 86 20 13 70). „Erotik für 50plus“ ist der musikalische Cocktail von und mit der Komikerin Gabi Sutter am Freitag, dem 23. November, überschrieben (Anmeldung unter 31 56 15 89), während am Mittwoch, dem 16. Januar 2008 die Berliner Jahre von Mascha Kaléko im Mittelpunkt stehen (Anmeldung unter 86 39 11 22). Im Frauenmonat März steht „Autobiografisches von Margot Nesso“ auf dem Programm - die Malerin und Autorin, Jahrgang 1925, ist am 19. März 2008 im UCW bei der „Reife Zeit“ zu Gast (Anmeldung unter 31 56 39 06). Weitere Veranstaltungen, die jeweils von 17 bis 19 Uhr stattfinden, sind bis Oktober 2008 geplant. Die Teilnahme kostet jeweils 8 Euro.

UCW-Geburtstag

♦ Das UCW feiert dieser Tage seinen zweiten Geburtstag. Eine Kaffeerunde der Mieterinnen läutete das kleine Programm dazu ein. Dazu gehörte zum Beispiel eine Open Space-Veranstaltung zum Thema „Altersvorsorge“ der LFR-Nachbarin Margarete Krümpel (Infos unter www.finesse24.de) oder das LFR-Plenum zum Berliner FreiwilligenPass am 17. September.

Termine

20. September 20 Uhr

„Und abends Kette“

Szenische Lesung aus dem Leben einer Schmarotzerin im Frauenzentrum Paula Panke, Schulstraße 25 in 13187 Berlin-Pankow (Nähe U-Bahnhof).

Eintritt: 1 Euro. Internet-Info: www.paula-panke.de

21.-23. September

VDI Kongress „Frauen im Ingenieurberuf“

Der Kongress wendet sich neben Ingenieurinnen und Ingenieuren an Student/innen, Naturwissenschaftler/innen, Personalverantwortliche und andere interessierte Frauen und Männer. Zur Eröffnung wird NRW-Wirtschaftsministerin Christa Thoben den Kongress einleiten, eine Podiumsdiskussion mit Frauen aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft wird spannende Impulse geben. Tagungsort: Bielefeld.

11. Oktober 18 Uhr

„Glück“ – Ölmalerei von Katrin Dobbert

Ausstellung bis zum 7. November 2007 im „Akazienhof“, Akazienstraße 27 in 10823 Berlin-Schöneberg. Internet-Info: www.akazienhof.de

25. und 26. Oktober

Lobbyarbeit für Frauenrechte

Das Seminar vermittelt Grundlagen, was Lobbyarbeit genau ist, wie sie funktioniert und welche Möglichkeiten sie bietet für die Durchsetzung von frauenpolitischen Forderungen. Tagungsort: Berlin. Anmeldung bis 5. Oktober an Fax 040/35 53 71 22 oder per Post an das Feministische Rechtsinstitut e. V., c/o Heike Brodersen, Am Felde 99, 22765 Hamburg, Infos unter www.feministisches-rechtsinstitut.de

9. bis 11. November

Frauensachen – Konferenz für Frauen mit Behinderung

Tagungsort: Haus Rheinsberg, Hotel am See, Donnersmarckweg 1 in 16831 Rheinsberg. Teilnahmegebühr: 70 Euro. Infos und Anmeldung beim Bundesverband für Körper- und Mehrfachbehinderte e.V., Brehmstraße 5-7 in 40239 Düsseldorf, Telefon: 0211/640 04-21, Internet: www.bvkm.de

25. November 18.30 bis 20.30 Uhr

Vortrag der SPD-Bundestagsabgeordneten Mechthild Rawert

Thema: Anstehende gleichstellungspolitische Schwerpunkte im Deutschen Bundestag. Veranstaltung des Berliner Frauenbundes 1945, Ansbacher Straße 63 in 10777 Berlin.

Mehr Informationen über Veranstaltungen finden Sie auch aktuell auf der LFR-Website www.lfr-berlin.de und www.landesfrauenrat-berlin.de

37.djb-Kongress

♦ Nach dem Scheitern des „Gleichstellungsgesetzes für die Privatwirtschaft“ hat Deutschland vier Antidiskriminierungsrichtlinien der EU umsetzen müssen. Entstanden ist das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG), das nicht nur gegen Geschlechtsdiskriminierung schützen soll, sondern auch gegen Diskriminierung aufgrund von Rasse oder Ethnie, Religion oder Weltanschauung, Behinderung, Alter und sexueller Identität. Das Antidiskriminierungsrecht hat damit einen großen Schritt in Richtung Schutz von Diversität getan. Wird Diversity aber den Schutz der Frauen gegen Diskriminierung verstärken oder schwächen? Während die EU, die vorherige rot-grüne Bundesregierung und verschiedene Landesregierungen auf Gender Mainstreaming setzen, will die Wirtschaft lieber das US-amerikanische Konzept „Managing Diversity“ befolgen. Bedeutet das mehr als bloßen Diskriminierungsschutz nach dem neuen AGG oder umgekehrt nur „alten Wein in neuen Schläuche“? Sind die Forderungen nach einem Gleichstellungsgesetz auch für die Privatwirtschaft damit obsolet?

Mit diesen Fragen beschäftigt sich der 37. Kongress des Deutschen Juristinnenbundes „Gender Mainstreaming und Managing Diversity: Alternativen zu Antidiskriminierungsrecht und Gleichstellungsgesetzen im Arbeitsleben?“ vom 20. bis 23. September in Erfurt.

Informationen und Anmeldung unter www.djb.de.

**Es lässt sich nicht
bestreiten:
Witwen leben länger
als ihre Männer**

Ingrid Steeger